

Polens Haltung zum Völkerbund
Die Darlegungen über die polnische Außenpolitik
Englands Haltung in Genf
Japan verläßt die Flottenkonferenz
Aufhebung der Goldklausel bestätigt
Neue Umsiedlungsaktion für Arbeitslose geplant

DANZIGER

Volkstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus 6. Fernsprechanschl. der Geschäftsleitung 287 08. Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatl. 3,- G. wochentl. 0,75 G.; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 2,- G. — monatl. für Kommerzien 6,- G. Abz. 1 mm 0,18 G.; Reflektoren: 1 mm 0,80 G.; in Deutschland 0,18 u. 0,80 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tagesturz

27. Jahrgang

Donnerstag, den 16. Januar 1936

Nr. 13

Die Darlegungen Ministers Beck — Die Richtung der polnischen Außenpolitik

Polens Haltung zum Völkerbund

Die mehrfach vertagten Darlegungen des polnischen Außenministers Beck über Polens Außenpolitik sind nunmehr gestern im Auswärtigen Ausschuss erörtert worden. Minister Beck ging vom italienisch-afrikanischen Konflikt aus, den er als wesentliches Element zur Charakteristik der internationalen Lage bezeichnete. Der Konflikt selbst liege den polnischen Interessen fern, da solche für Polen in Afrika unmittelbar nicht vorhanden sind. Mit Italien unterhalte Polen die allerbesten Beziehungen, die auf der Uebereinstimmung und auf dem Verständnis für die beiderseitigen Interessen beruhen. Vor dem Konfliktausbruch sei zwischen den beiden Staaten ein freundschaftlicher Gedankenaustausch in Gang gewesen, um durch wohlwollende Zusammenarbeit einer Reihe von Staaten eine Besserung der Verhältnisse in dem Polen geographisch nahen Donaugebiet herbeizuführen.

Was England anbelange, dürfe es in diesem Konflikt nicht als Partei bezeichnet werden, da der Streitfall im normalen Rahmen der Völkerbundsorgane behandelt werde. Das Verhältnis Polens zu England sei das allerbeste, was seinen Ausdruck sowohl in der Tätigkeit auf dem Genfer Boden als auch in der günstigen Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Irrenden Gegenstand der wirklichen Ziele Englands in Europa mit den lebenswichtigen Belangen der polnischen Politik sei unvereinbar.

Polens Verhältnis zu dem Streit in Afrika ist völlig objektiv und desinteressiert. Polens Anteil an den Sanktionen ergebe sich aus der Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit den anderen Staaten, die von dem Gesichtspunkt Polens auf internationalem Gebiet bestimmt werde.

Die Stellungnahme der Staaten zu dem Konflikt werde bei den einen bestimmt durch deren afrikanische Interessen, bei anderen hauptsächlich durch ihre negative Einstellung zum Faschismus, bei allen aber durch Erwägungen über die Zukunft des Völkerbundes.

Das Motiv der Afrikapolitik berühre Polen nicht unmittelbar, das Verhältnis zum Faschismus bleibe ebenfalls ohne Einfluß auf die polnische Stellungnahme, da Polen sein Verhältnis zu den einzelnen Staaten nicht nach den Verfassungsdoctrinen regle, die eine innere Angelegenheit seien. Somit könnte man schließlich zu einer Art von Religionskriege gelangen.

Ueber den Völkerbundspakt und seine etwaige Reform gebe Polen kein Urteil ab; solange der Pakt von einer ansehnlichen Zahl von Staaten anerkannt werde, verpflichte er Polen in demselben Grade wie die anderen. Zu einer Schwächung dieses Werkzeuges internationaler Zusammenarbeit könne Polen nicht beitragen. Dies habe in Genf das Verhalten der polnischen Abordnung bestimmt.

Die polnische Außenpolitik sei stets ein Gegner der Schaffung schlechter Präzedenzfälle gewesen. Die Vergangenheit weise mehrere einander widersprechende Präzedenzfälle auf. Ein Beweis dafür sei die Menge von Pakten und Entwürfen. In Erkenntnis dieser Erscheinungen suchte die polnische Politik seit Jahren einfache und klare Wege. So wie sie Marichall Pilsudski, der große Baumeister Polens, ausgedacht habe. Diese Politik bemühe sich darum, aufbauend und wirklichkeitsgemäß zu sein und praktische Lösungen zu finden. Sie finde ihren vollsten Ausdruck in der Regelung der wichtigsten Angelegenheiten mit dem Nachbarn, die greifbaren Vereinbarungen. Der Minister erinnerte an die entscheidende Rolle Polens beim Nichtangriffspakt zwischen Sowjetrußland und dessen westlichen Nachbarn. Polen habe zuerst zur Schaffung von Grundrissen eines dauernd friedlichen Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und den Staaten anderer Verfassung beigetragen.

Das Abkommen mit Deutschland

Bei von der Weltmeinung als eines der bedeutendsten internationalen Ereignisse auf dem Wege zur Schaffung eines friedlichen Zusammenlebens eingeschätzt worden. Beim Abbruch von Abmachungen mit den Nachbarn, führte der Minister aus, haben wir sorgsam darauf geachtet, unsere früheren aus den Bündnissen mit Frankreich und Rumänien, sowie aus dem Völkerbundspakte sich ergebenden Verpflichtungen nicht anzutasten.

Zimmer häufiger taucht in letzter Zeit die Frage von regionalen Organisationen auf. Der Universalismus des Völkerbundes hat versagt, wodurch sich das Aufstehen des Gebührens regionaler Organisationen erklärt, die vielleicht an sich auch richtig sind. Wir müssen aber, sagte der Minister, unsererzeitlich deutlich feststellen, daß es unsere Sache ist, zu bestimmen, was wir als Region polnischer Interessen ansehen, und daß wir in dieser Hinsicht keine fertigen Rezepte entgegennehmen. Wer unsere Mitarbeit wünscht, muß sich mit uns verständigen.

Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten der polnischen Staatsräson gemäß bewertend, entzieht sich Polen nicht der Zusammenarbeit, müsse jedoch Motive und Ziel der vorgeschlagenen Abmachungen und Handlungen kennen. Polen habe nicht viele politische Abmachungen unterschrieben, sei aber gewillt, sie einzuhalten, und fordere selbstverständlich in dieser Hinsicht vom Vertragspartner Gegenseitigkeit. Der Minister betonte, daß er dem Problem guter Nachbarschaft

als dem realsten Friedensfaktor besonderes Gewicht beilege. Auf die Beziehungen zu den beiden großen Nachbarn im Osten und Westen sowie auf den Bundesgenossen Rumänien und auf Schweden, mit dem die freundschaftlichen Beziehungen sich günstig entwickeln, wolle er nicht zurückkommen.

Dagegen ging Minister Beck auf

Das Verhältnis zu Litauen

ein. Er sprach davon, daß Litauen die allerwunderlichste Erscheinung darstelle, da es in seinen Beziehungen zu Polen keine der von zivilisierten Ländern angewandten nachbarlichen Normen kenne. Hier habe der Prozeß um den Mord an Pieracki die Dinge in ein neues, schmerzliches Licht gerückt. Den Prozeßakten zufolge habe ein ehemaliges Mitglied der litauischen Regierung an der Finanzierung der terroristischen Bestrebungen in Polen tätigen Anteil genommen. Sollte festgestellt werden, daß es sich hier um eine noch fortbestehende Handlungsweise der litauischen Regierung handele, dann müßte Polen Litauen als ein für den Frieden gefährliches Element betrachten.

Die öffentliche Meinung Polens sei ferner seit längerer Zeit beunruhigt durch die Behandlung der Polen in der Tschechoslowakei, und die polnische Regierung werde immer mit dieser Meinung rechnen. Gestützt auf bestehende Verträge, welche Polen berechtigen, in dieser Sache das Wort zu ergreifen, habe die polnische Regierung mit Prag einen Gedankenaustausch durchgeführt, in dem die Ueberzeugung

zum Ausdruck kam, daß über die Atmosphäre zwischen den beiden Ländern in erster Reihe die Behandlung der Polen in der Tschechoslowakei entscheiden werde. Diplomatische Kunstgriffe würden hier nicht helfen, nur der gute Wille der Prager Regierung werde von Polen gebührend eingeschätzt werden und zur Schaffung einer besseren nachbarlichen Atmosphäre beitragen.

Minister Beck erklärte zum Schluß seine Bereitschaft, über die von ihm behandelten Fragen mit den Auswärtigen Mitarbeitern eine Aussprache zu führen. Doch liegen über die Durchführung dieser Aussprache noch keine Mitteilungen vor. In sich haben die Darlegungen in dem Rahmen gelegen, der von den außenpolitischen Erklärungen Minister Beck bekannt ist, und sie waren, wie zu erwarten war, frei von Ueberraschungen. Als bedeutungsvoll sind vor allem seine Ausführungen über die positive Haltung Polens zum Völkerbund zu werten.

Polnisch-englische Aussprache über Genf

Botschafter Raczyński bei Minister Eden

Wie aus London gemeldet wird, hat der dortige polnische Botschafter, Raczyński, eine längere Unterredung mit dem britischen Außenminister Eden gehabt. Gegenstand der Unterredung waren, laut Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur, die beide Regierungen interessierenden — also wohl auch die Danziger — Fragen, die auf der Tagesordnung der am Montag beginnenden Ratssitzung stehen.

Englands Haltung in Genf

Delsperre wird wahrscheinlich vertagt — Keine Entscheidungen

Das Ergebnis der kommenden Genfer Diskussion über den italienisch-afrikanischen Konflikt wird wesentlich beeinflusst, wenn nicht sogar entschieden von der Stellungnahme Englands. Die Weisungen, die nach dem gestrigen Kabinettsbeschluss dem englischen Außenminister auf den Weg nach Genf mitgegeben werden, sind nicht geeignet, Entscheidungen auf der Ratssitzung herbeizuführen. Das Ergebnis der Kabinettsitzung muß vielmehr dahin ausgelegt werden, daß auch England zur Zeit auf eine sofortige Delsperre nicht dringen wird. Die Mächte in Genf sollen selbst entscheiden.

Offenbar will man Zeit gewinnen, besonders da die militärische Lage in Afrika keine entscheidenden Veränderungen aufweist. Man will die große Regenzeit abwarten; so gewinnt man nicht nur Zeit, diplomatische Besprechungen zu fördern, vielmehr noch, um die Aufklärung weiter zu betreiben. Und das scheint das eigentliche Ergebnis der gestrigen Kabinettsitzung zu sein: England will seine Militärmacht so vergrößern, daß sie den außenpolitischen Erfordernissen gewachsen ist. In diesem Zusammenhang verdienen auch die Ausführungen des englischen Sprechers auf der Flottenkonferenz, die jetzt ohne Japan verhandelt und beschließen wird, Beachtung.

Das weitere Abwarten hat noch einen weiteren Vorteil: in Frankreich werden inzwischen die Wahlen die Entscheidung über Frankreichs zukünftige Innen- und Außenpolitik bringen. Erst wenn nicht mehr die Gefahr besteht, daß plötzliche Veränderungen in Frankreich die Zusammenarbeit England-Frankreich gefährden, wird aus dieser gemeinsamen Arbeit eine Lösung in dem Offizialkonflikt möglich werden. Das heißt also: es wird abgewartet.

Möglich ist auch, daß noch eine Untersuchungskommission des Völkerbundes an den Kriegsschauplatz gehen wird, um die Kriegsführung darauf hin zu begutachten, ob sie auch „menschlich genug“ auf beiden Seiten geführt wird. So scheint alles darauf hinzudeuten, daß weiter erwogen, weiter verhandelt und weiter Krieg geführt wird.

Die Kabinettsitzung in London

Das britische Gesamtkabinet trat am Mittwoch zur ersten Sitzung nach der Weihnachtspause zusammen. Entsprechend umfangreich war die Tagesordnung. Ministerpräsident Baldwin berichtete über die Besprechungen, die der Verteidigungsausschuss des Kabinetts in Gegenwart der maßgebenden Wehrmachtvertreter geführt hat. Im Hinblick auf die bevorstehende Genfer Ratssitzung, auf der Eden zum erstenmal in seiner Eigenschaft als Außenminister den Standpunkt Englands hinsichtlich des weiteren Vorgehens in der afrikanischen Frage darlegen wird, waren die Beratungen von besonderer Bedeutung.

Anweisungen für Eden

Die Sitzung, die 1 1/2 Stunden dauerte, beschäftigte sich ausschließlich mit außenpolitischen Fragen. Vor der Abreise des Außenministers Eden nach Genf wird keine weitere Sitzung stattfinden. Was die Delsperre angeht, so hat das Kabinet den Außenminister Eden angewiesen, die technischen Gesichtspunkte dieser Frage im Verlaufe der Genfer Beratungen zu klären.

Die Anweisungen des Kabinetts an den Außenminister Eden für die Genfer Aussprache über die Delsperre gehen, dem diplomatischen Korrespondenten des „Evening Standard“ zufolge, dahin, daß Eden zunächst die Auffassungen der übrigen Staatenvertreter feststellen soll. Eden werde England weder nach der einen noch nach der anderen Richtung hin festlegen. Vor der Abgabe einer endgültigen Erklärung werde er sich mit dem britischen Kabinet in Verbindung setzen. Das Kabinet habe in seiner Sitzung dieses Verfahren gebilligt.

Am Mittwochnachmittag fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Baldwin eine weitere Sitzung des Verteidigungsausschusses der Regierung — die dritte in dieser Woche — statt. Im Gegensatz zu den beiden früheren Zusammenkünften nahmen an dieser Sitzung die Chefs der Marine- und Luftstreitkräfte sowie der ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office nicht teil.

Ungeklärtheit über die Haltung der Delslieferanten

Wie in Ergänzung zur gestrigen Kabinettsitzung bekannt wird, hat sich diese zum größten Teil mit der Delsperre beschäftigt. Die Frage, über die von den Ministern Auffklärung verlangt wurde, bezog sich in der Hauptsache darauf, welche Haltung die Dels liefernden Länder angesichts einer etwaigen Delsperre einnehmen würden und was insbesondere Venezuela und Mexiko in dieser Frage tun würden. Nach einer eingehenden Aussprache hierüber kam man zu der Ansicht, daß es gegenwärtig unmöglich sei, festzustellen, in welchem Umfang eine Delsperre angewandt werden könne und in welchem Umfang die Dels liefernden Länder bereit seien, sich an einer Delsperre zu beteiligen. Daher sei es unmöglich, sofort eine Entscheidung über die Verhängung der Delsperre zu treffen, da niemand wisse, wie sie sich auswirken würde.

Wie Reuters berichtet, handelt es sich nicht darum, das Für oder Wider der Delsperre festzustellen, sondern um die Entscheidung über die Frage, ob diese Politik durchgeführt werden kann oder nicht. In London ist man der Auffassung, daß sich

die Mitarbeit der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes bei der Durchführung der Sanktionsmaßnahmen vergrößert

habe. Die Sitzung des Verteidigungsausschusses des Kabinetts hat sich in der Hauptsache mit den Finanzfragen der Wehrmacht beschäftigt. Reuters berichtet, daß der Vorschlag an Boden gewinne, eine Rüstungsanleihe auszusprechen, damit die Regierung in den Stand gesetzt wird, den Verpflichtungen nachzukommen, die sie glaubt eingehen zu müssen.

Aufrüstung nach außenpolitischen Erfordernissen

Die beiden Häuser des englischen Parlaments treten am 4. Februar wieder zusammen. Sie werden umfassende gesetzgeberische Arbeiten zu erledigen haben, von denen ein Teil in der gestrigen Kabinettsitzung behandelt wurde. Im Mittelpunkt wird die Frage stehen, die Mängel in den drei Hauptteilen der englischen Wehrmacht nach den Erfordernissen der englischen Außenpolitik zu beseitigen. Gerade dieser Frage hat der Verteidigungsausschuss des Kabinetts in seinen beiden letzten Sitzungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Press Association berichtet, sei in Whitehall gestern frühlich besetzt worden, daß die Bepredungen zwischen militärischen Stäben Frankreichs und Englands sich hauptsächlich auf die Eingaltung der Verpflichtungen gemäß Bälferbundssagung bezogen hätten. Die Sagung sehe, daß die Mitgliedstaaten sich gegenseitig unterstützen sollten, um jeder besonderen Maßnahme entgegenzuwirken, ein die Sagung brechender Staat gegen eines der Bälferbundmitglieder im Anschluß an die Anwendung von Sanktionen treffe. Frankreich, so werde bestimmt ertheilt, habe keinerlei Fragen aufgeworfen, die sich auf Maßnahmen zum Schutz seiner Grenzen beziehen. Die Bepredungen befaßten sich lediglich mit dem angenommenen Fall eines italienischen Angriffs auf britische Streikkräfte, und vieler Frage habe die britische Regierung klar und verbindliche Unterstützungsverpfeicherungen von den Franzosen erteilt.

Der französische Ministerpräsident und Außenminister
Raval hat im Laufe des Mittwochs mit dem Präsidenten des
Staatsberrats, dem italienischen und dem sowjetrussi-
schen Botschafter in Paris sowie dem jugoslawischen Ge-
sandten in Paris längere Besprechungen gehabt, die in erster
Linie der bevorstehenden Sitzung des Völkerrats am
20. Januar in Genf gewidmet waren. Besonders die Be-
sprechung mit dem italienischen Botschafter hat die Aufmerk-
samkeit auf sich gezogen, da sie fast eine Stunde dauerte.
Ueber den Inhalt ist bisher jedoch nichts Näheres bekannt
geworden. Man hat aber doch in unterrichteten französischen
Kreisen den Eindruck, daß sie keine Aenderung in der
politischen Lage gebracht habe, wie sie sich seit einigen
Tagen darstelle. Auch die Besprechung Ravals mit dem so-
wjetrussischen Botschafter galt dem italienisch-abschüssigen
Streitfall. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, daß sie
sich auf die Beschwerte Sowjetrußlands in Genf über den
Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland
durch Uruguan bezogen hat. Weiter gut es als durchaus
möglich, daß die Ratifizierung des französisch-sowjetrussi-
schen Paktcs erörtert worden ist.

Basconcellos beim französischen Ministerpräsidenten

Angebllich soll Dänemark die Initiative entreißen

Neuer Bombenwurf auf States Grenz

Der gegenwärtig in Abessinien weilende Vertreter des Genfer Komitees stellte nach einer abessinischen Erklärung aus entgegengesetzten in Abrede, irgendeinen Vorbehalt gemacht oder eine Erklärung abgegeben zu haben, das die internationalen Komitees-Abteilungen aus Abessinien zurückgezogen werden sollten, bis Italien ihre Ansprüche gegen Benzenangriffe gewährt. Er habe überhaupt keine Erklärung abgegeben, sondern bearbeitet gegenwärtig einen Bericht, der unmittelbar an das Genfer Komitee gehen sollte.

In der schwedischen Note an Italien, in der man einem unmittelbaren Angriff auf die schwedische Note-Strategie geistreichen, verstanden von hiesiger italienischer Seite, die schwedische Darstellung stimmt, wie bereits wiederholt erklärt, mit der italienischen Auffassung nicht überein. Die italienische Regierung werde die Note prüfen und an gegebener Zeit ihre Antwort erteilen.

Gestern wurde der Ort Aniba durch ein Verheerendes Feuer von zwei italienischen Fliegern mit Bomben bestraft und mit Aufhängung zweier Schiffe. Ueber die Zahl der Opfer und den entstandenen Schaden liegen bisher noch keine Nachrichten vor.

Die erst jetzt bekannt wird, hat eine Uebersetzung des 2ten Sections zur einigen Tagen im Geiste von Gerichte eine italienische Deklamation überaus elegant angereichen mit 65 Mann geführt. Auf oberirdischer Seite sind nur sechs Priester gehalten. Eine große Anzahl von Delfen und Thunfische, darunter zwei Walhaiarten, sowie außerdem 100 Haifische, liefern in die Küche der Mitarbeiter geliefert.

In Oesterreich sollen italienische Abgesandte Landkarte von
Städteplan abgeben lassen, in denen sie die Bevölkerung
angabe aufführen, zu revidieren und sich den Italienern
angelegenheiten. In Wien wird man an, dass die
Italiener seitdem, den Krieg mit vorangehenden Mit-
theils zu ihren Grenzen zu verlagern, da ein Vertrag auf
geographische, finanzielle und andere Schwierigkeiten ge-
hen ist. Man ist jedoch davon überzeugt, dass diese
Verhandlungen einen Erfolg haben werden.

Das österreichische Propagandabureau in Wien veröffentlichte heute mittags den amtlichen Herrscherbericht Nr. 27. Er lautet: „Österreichische Streitkräfte unter dem Kommando des Kais. Defke-Duchse hatten sich seit einigen Tagen zwischen dem Kanale Doris und dem Dnau-Delta ausgedehnt. Sie verjagten, einen Dank auf unsere Gemüthsart im Hinblick von Dolo empfangen. Am 12. Januar hat General Gortchakoff einen fröhlichen Besuch gegen die Truppen des Kais. Defke geleistet. Die Österreicher wurden zurückgeschlagen und verfolgt. Die Eskorte mit der der ganze Feind fortgeschick. Unsere Verluste sind bis zur Stunde nicht bekannt. An der Gränze-Front wird weiter eine rege Thätigkeit beobachtet.“

Nach italienischen Meldungen sollen in der Provinz Gosham die Unruhen wieder zunehmen. Die aufständischen Truppen sollen in der Provinz Gosham, denen sich angeblich ein Teil der Bevölkerung angeschlossen habe, sehr gut bewaffnet sein. Der Sage wird in italienischen Kreisen die größte Bedeutung beigemessen. Wie es heißt, werde der älteste Sohn des angeblich vergifteten Nas Saida gegenwärtig in Adis Abeba inhaft bewacht, da man befürchte, daß er mit der Unterstützung von Helfershelfern versuchen werde, aus der Gefangenschaft zu entkommen.

Aus Addis-Abeba wird offiziell mitgeteilt, daß einer der bekanntesten abessinischen Fürsten, Blata Tsegan, der zusammen mit Ras Gugja zu den Italienern übergegangen ist, in der Nähe von Massale durch die italienischen Einheiten auf abessinische Seit-Übergegangenen sei und sich zurzeit in Dessie befinde. Blata Tsegan, der bei Ras Gugja und den Italienern den Verdacht erregte, daß er gegen sie arbeite, war verhaftet und auf einer Insel in der Nähe des Hafens Massawa interniert. Es gelang ihm jedoch zu flüchten.

Erklärungen der Mächte zu Japans Forderungen

Der erste Ausbruch der Flottenkonferenz trat am Mittwoch nachmittags zu der angekündigten Sitzung unter dem Vorsitz des Ersten Lords der englischen Admiralität, Lord Monfrell, zusammen. Auf Ersuchen der japanischen Abordnung wurde der japanische Antrag auf eine gemeinsame obere Begrenzung der Flottenrüstungen erneut zur Beratung gestellt. Der japanische Abordnungsführer General Nagano, gab eine etwa dreiviertel Stunde dauernde Erklärung ab, in der er durch einen Dolmetscher u. a. sagen ließ, er bedauere es, daß die Ereignisse zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten geführt hätten. Er wünsche klar festzustellen, daß Japan nicht die Absicht habe, einen Flottenrüstungskonkurrenz zu herbeizuführen. Japan wünsche ebenso wie jedes andere Land, daß ein Abkommen erzielt werde, welches zu einer tatsächlichen Verminderung der Flottenrüstungen führe, jedoch sei Japan leider keine andere Wahl gelassen worden als die Konferenz zu verlassen.

Nach der Rede Ragnanz wurden die Delegationsführer der anderen Länder in alphabetischer Ordnung aufgefordert, sich zu dem japanischen Vorschlag zu erklären. Sie lehnten ohne Ausnahme den japanischen Vorschlag ab. Hierbei erklärte Norman Davis für Amerika, angeichts der gegenwärtigen Unfriede in der Welt sei eine Verächtigung der Stärkeverhältnisse völlig unzumutbar. Angeichts der Lage im Fernen Osten, in Europa und in Afrika lehnten die Vereinigten Staaten jede Forderung ab, die ihre Sicherheit vermindern würde. Jedoch seien sie für eine gleichmäßige und verhältnismäßige Verminderung aller Streitkräfte.

Nur die englische Abordnung sprach Lord Monnell, der den englischen Standpunkt dasinaehest zusammenfaßte, gleichberechtigung zur See könne nicht allein in Schiffen gewessen werden. Die Entzerrungen von den Nothentziffen und lange Verbindungswege machten mit in Rechnung achteit werden. Eine Macht mit weitesteten Verantwortunglichkeiten mähle ihre Verbindungswege schätzen. Daher mähle sie eine stärkere Seemacht haben als eine andere Macht, die ihre gesamten Streikräfte in der Nähe der Heimalgewässer zusammenziehen könne. Die Einziehung einer gemeinsamen oberen Begrenzung sei daher nicht in Einflang zu bringen mit den Verteidigungsbedürfnissen des britischen Weltreiches. Das Verantwortunglichkeiten in den europäischen Gewässern, im Atlantik, im Indischen und im Stillen Ocean mit zu betrachten habe. Großbritannien stimme mit Amerika darin überein, daß es unendlich sei, zu beaupten, daß gleiche Fähigkeiten auf gleiche Sicherheit gewährten. Der Washingtoner Vertrag habe eine feste Garantie der Sicherheit. Die Annahme des japanischen Vorstoßes würde außerdem bedeuten, daß jedes Land berechtigt wäre, ebensoviel Schiffe zu bauen wie sein Nachbar, gleichgültig wie groß seine Verantwortunglichkeiten auch seien.

Ahnliche Erklärungen gaben die einzelnen Vertreter des britischen Reiches ab. Auch die französische und die italienische Abordnung lehnten darauf ihre Vertreter den japanischen Vorschlag ab. Der italienische Vertreter erklärte, Italien wünsche nicht die Grundzüge zu bekräftigen, auf denen der japanische Vorschlag beruhe. Er habe jedoch Zweifel darüber, ob er praktisch durchführbar sei. Eine ähnliche Erklärung gaben die Spanier ab.

Die nächste Sitzung wird heute nachmittags stattfinden.

Der japanische Flottenvertreter Nagai teilt mit, daß Japan, nachdem es aus der Flottenkonferenz ausgetreten ist, nunmehr vornehmlich zwei Beschränkungen an der Konferenz teilnehmenden wird. Es seien immer noch einige Probleme vorhanden, wie a. B. die Frage der Flottenstützpunkte, an denen Japan interessiert sei und über die noch nicht Japan eine Vereinbarung zustande kommen könnte.

Die letzten Betrachtungen — Zeugnisse über den Ewig

Im polnischen Staatsanzeiger Nr. 9 wurden folgende Verordnungen des Staatspräsidenten veröffentlicht, darunter die Verordnungen über den Eintragsantrag, über die Konventionen und über die Forderung des Jahrbuchauspolierens, über Erklärungen bei der Bekämpfung von Krankheiten, über Untersuchungen, die Informationswesen wirtschaftlicher Natur betreffen, über die Registrierung der Kasse-Gebühren, über den Schutz der Interessen des polnischen Staates und seiner Angehörigen auf internationaler Ebene, über Haftungsbestimmungen für landwirtschaftliche Genossenschaften, über die Ermöglichung der sozialen Versicherungskassen, über die Wahrung des Geistes vom 28. Juli 1924 über die Arbeitslosenversicherung usw.

Mit dem 15. Januar ist bekanntlich die vom Eiseren der Regierung erdichte Ermittlungsgeschichte abgelaufen. Während der Dauer des Ermittlungsgeschäftes, d. h. vom 6. November v. J. bis jetzt, hat die Regierung insgesamt 41 Verordnungen erlassen, die eine Öffnung der Kassen und bringenden Folgen zum Zwecke des Gläubigerschutzes und eine Befreiung der Wirtschaft zum Gegenstande hatten. Die weiteren Maßnahmen, mit deren Vorbereitung die Regierung beschäftigt ist, sollen in nächster Zeit auf dem Wege über den Eiseren bekannt werden.

Makram Nachmans Gegenübertritt Smith, geschiedener.
Der hiesige Gegenwärtig Makram Nachmans für die
Hauptstadt im Krieg und Unruhe, Smith trat am Sonntag
Mittwochabend von seiner Wohnstätte aus. Zwei Tage
vor ihm hier erschienen im Publikum, nämlich Nachmans,
Nachmans Gegenübertritt und der Arbeiterführer Max Wolf. Eine
Reisekommission Nachmans wurde am Mittwochabend
nach Verhandlungen der Arbeiterpartei gegen und wurde ab-
geschickt.

Deutscher Evangelischer Kirchenrat hat, wie aus Folien
sichtlich ist, in Europa fast zwei erprobende Organe der
evangelischen Kirchenratsbewegung. Die Partei „Evangelischer
Kirchenrat“ hat sich in Europa etabliert.

Zu der innerpolitischen Situation in Amerika bringt die „Prager Presse“ einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Das, was sich gegenwärtig in den Vereinigten Staaten von Nordamerika abspielt, ist nicht ein normaler Verfassungsrechtlicher, nicht einmal ein ökonomischer Prozeß, es geht um viel mehr und hinter den Aktoren, die sich

Es geht um viel mehr, als nur um die Interessen, die dieses Schachspiel vor einem 100-Millionen-Volkte aufzuführen, stehen. Höhere Gewalten, steht die Umformung eines Landes, das 150 Jahre eines unerhörten kolonialen Aufschwunges hinter sich hat. Was ist geschehen? Für den Europäer ein wenig unverständliche Dinge. Der Oberste Gerichtshof des Landes, der aus 12 Richtern besteht, hat mit sechs gegen drei Stimmen, bei drei Absentierungen, zwei befristete Gesetze, die vom Kongreß erlassen worden waren, den „Agricultural Adjustment Act“, kurz „A.A.A.“ genannt, und dessen Ergänzung, den „Agricultural Adjustment Amendment Act“, als ungesetzmäßig erklärt und diese beiden Gesetze annulliert. Damit ist dem New Deal, der gigantischen Umbau- und Reformbewegung Roosevelts, ein weiterer tödlicher Schlag verriekt, weil damit die wichtigste nationale Produktion an der Wurzel getroffen wird. Die Krise ist bekanntlich in den Vereinigten Staaten noch mehr als anderswo vom Zusammenbruch der Landwirtschaft ausgegangen, die nicht mehr kaufen, geschweige denn die Zinsen der Hypothekendarlehen bezahlen konnte. Der Zusammenbruch des ganzen Bankensystems war die Folge und Roosevelt war nur konsequent, als er daran ging, das Uebel an der Wurzel zu erfassen, und zunächst einmal wieder die Landwirtschaft rentabel zu machen. Er tat dies einerseits durch die Abwertung des Dollars, aber die hätte bei weitem nicht genügt. Es mußte eine Zurschlämzung im Anbau eintreten, und zwar in solcher Weise, daß der Ertrag der Landwirtschaft dadurch nicht gemindert werde. Die Kosten trugen verschiedene Finanzkriegsmaße, besonders solche, die Agrarprodukte verarbeitet, nach einem Schlüssel, Landwirtschaft und Industrie beizumessen sich wohl dabei. In manchen Belangen bedenkete die Rooseveltsche Politik eine Gefundung des Weltmarktes.

Nun ist dieses ganze Werk, das durch zwei Jahre so reiflich gearbeitet hatte, gestürzt und annulliert. Für den uninformierten Europäer bemerken wir hier, daß der Supreme Court nicht vielleicht ein materielles Urteil gefällt hat, sondern ein rein formales Urteil: es wird einfach die Verfassungsmäßigkeit der vom Konorek angenommenen Gesetze bestritten und werden diese Gesetze annulliert.

Was wird nun geschehen? Die Verwaltung Roosevelts hat noch den Ausweg, die bisherigen Maßnahmen durch die einzelnen Staaten annehmen und durchführen zu lassen, wobei die liberale Regierung die Kosten decken würde. Aber durch das Urteil des Obersten Gerichtes erhalten alle Untersuchungen, die bisher zur Subventionierung der landwirtschaftlichen Politik der Regierung beitrugen mußten, das Recht, die eingezahlten Beiträge zurückverlangen. Und dies sind nicht weniger als 12 Milliarden Dollar. Ferner sahen sich die Staaten fortsetzen, 400 Millionen Dollar aus, die dann das mit 3 Milliarden Dollar erreichte Maximum des Budgets in diesem Jahre erhöhen würden. Aber das schlimmste ist, daß eine ganze Reihe anderer Gesetze, die dem Obersten Gerichte vorliegen, ebenfalls annulliert werden ann, Gesetze, die nicht nur Produktionsregelungen darstellen, sondern soziale Gesetze, die in Europa längst bestehen und zu denen Roosevelt greift, um die soziale Gesetzgebung auf den Standard Europas zu bringen. Also ein Generalmarß auf die gesamte Rooseveltische Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Im „Kurjer Pożnanski“ schreibt Roman Nabasiki: „Welches System ist besser: eine starke Regierung oder ein starkes Recht? Was führt eher zur Macht von Nation und Staat? Vor allem baut man keinen mächtigen Staat, wenn man zu einer jeweiligen Identifikation von Staat und Regierung gelangt. Unter den heutigen Bedingungen der Zivilisation und Wirtschaft ist die wichtigste Grundlage für die Entwicklung die Beständigkeit der rechtlichen Institutionen, in denen das Leben der Nation eingeschlossen ist. Die Forderung fortgesetzter Veränderungen durch Organe, die der Kontrolle nicht unterliegen, darf nicht über ihm wie ein Damoklesschwert hängen. Das polnische Volk kann seine Verfassung nicht auf die Nachahmung der totalitären Staaten stützen, wenn es eine auf Recht gegründete Ruhe haben will.“

„Die Zukunft wird keine Stufen kennen“

Reichskanzler Hitler nahm an den Erinnerungsfeiern an-
tastig des Wahlkampfes 1933 in Sippe teil. Dabei hielt er
auch eine kurze Ansprache, in der er u. a. sagte: „Die kommende
Geschichtsschreibung wird, wenn sie den ganzen Gehalt dieser
drei Jahre (1933, 1934, 1935. D. Red.) erfassen will, mehr
Blätter benötigen, als in manchen Zeiten vielleicht 10, vielleicht
20, 50 oder gar 100 Jahre beanspruchen können. . . Sie alle
wissen es, daß die Zukunft uns keine Rosen
kronen wird, sondern daß alles hart erkämpft werden muß
und Opfer kosten muß, was wir brauchen und haben müssen.
Es interessiert nicht, ob der eine oder andere Bürger
dieses oder jenes nicht habe. . . Hitler kam natürlich auch auf
die früheren Parteien mit den bereits bekannten Argumenten
zu sprechen, das erwähnte das Thema „Pressefreiheit“, indem
er die „Unmöglichkeit einer Interessentenpresse von einst“ der
eisernen Disziplin der Presse von heute gegenüberstellte.

Selfishistisch betonte Hüller wieder seinen trotz der Aufregung bestehenden Friedenswillen, „daß wir nicht Handel mit jemandem sagten, sondern daß wir stark sein müssen, damit uns niemand angreifen könne“.

Am meisten wird jedoch die Stelle Beachtung finden, daß
„die Zukunft keine Rosen streuen wird . . .“

Erneute Diskontermäßigung in Holland. Die Niederländische Bank hat am Mittwoch ihren Diskontsatz erneut von $\frac{1}{2}$ auf 3 Prozent herabgesetzt. Damit ist der holländische Diskontsatz im Laufe des letzten Vierteljahres durch fünfmalige Herabsetzung auf die Hälfte des Standes vom Oktober 1935 verringert worden. Die Serie der Diskontherabsetzungen nach der als Reaktion auf die Guldenbeurkundung erfolgten einprozentigen Erhöhung im September 1935 wurde eingeleitet durch den Abbau des Diskonts von 6 auf Prozent am 16. Oktober v. J. Am 21. Oktober folgte eine weitere Ermäßigung um $\frac{1}{2}$ Prozent auf 4½ Prozent, am 2. November nochmals um $\frac{1}{2}$ Prozent auf 4 Prozent und am 3. November abermals um $\frac{1}{2}$ Prozent auf 3½ Prozent. Die Diskontermäßigung zeigt, daß dem Gulden keine Gefahr mehr droht.

30. Januar im Bräse Hofstet. Der Reichs- und Preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat an-
geordnet, daß am 30. Januar, dem Tage, an dem Adolf Hitler
im Jahre 1933 zum Reichkanzler ernannt wurde, an allen
Schulen der Unterricht ausfallen hat. An diesem Tage sind
an allen Schulen Feiern zu veranstalten.

Ein Fragebogen der NSDAP.

Was die Danziger Arbeiter im Reich beantworten müssen — Neue Umsiedlungs-Aktion

Da die Arbeitslosenunterstützung eine beträchtliche Belastung für die Staatsfinanzen mit sich bringt, sucht man die hierfür notwendigen Ausgaben möglichst klein zu halten. Zwar ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit in letzter Zeit zu einem Teil saisonmäßig bedingt, man scheint sich aber bei den in Frage kommenden Behörden keine großen Hoffnungen darauf zu machen, daß in Zukunft sich die Arbeitsmöglichkeiten und Bedingungen in Danzig grundsätzlich ändern werden und eine wirkliche Wendung zum Besseren eintreten wird. Sonst wäre es wohl kaum verständlich, daß man anscheinend eine neue Entlastung des Arbeitsmarktes

durch vermehrten Fortzug von Arbeitslosen zu erreichen sucht, die Danzig mindestens auf drei Jahre den Rücken kehren sollen.

Es befinden sich bekanntlich ja schon eine ganze Anzahl Danziger Arbeiter in Deutschland, trotzdem scheint diese Aktion noch nicht den gewünschten Erfolg gebracht zu haben.

Aus diesem Grunde hat man jetzt mit der Ausführung neuer Pläne begonnen. Man versucht, die Arbeitslosen zusammen mit ihren Familien zur Ueberführung nach Deutschland zu bewegen. Ähnlich wie bei den Ueberführungen der Beamten und Pensionäre stellt man Vorteile dafür in Aussicht, wenn die betreffenden Personenteile ihre Danziger Heimat verlassen wollen.

Von behördlicher Seite werden jetzt nämlich neue Aufforderungen an Handwerker aller Kategorien gerichtet, nach Deutschland überzusiedeln. Es werden zu diesem Zweck große Erhebungen durchgeführt, Listen der in Frage kommenden Personen angelegt usw. Um über die

Bedingungen der Ueberführung

Klarheit zu schaffen, werden Merkblätter verteilt. Darin werden den Ueberföhrten Umzugsbeihilfen für sich selbst und auch für ihre Familien in Aussicht gestellt. Die Höhe dieser Umzugsbeihilfen soll sich nach der Entfernung des neuen Wohnortes von Danzig richten. Außerdem werden die für den Ueberföhrten und seine Familie notwendigen Eisenbahnbillets gratis versprochen. Und um diesen Gabenschatz zu krönen, werden noch Bedarfsbedeckungsscheine in Höhe von 10 bis 200 Reichsmark zur Anschaffung neuen Hausraums in Deutschland zugesagt. Diese drei Beihilfen gibt es auf Antrag vom hiesigen Arbeitsamt.

Wenn diese Generosität des Arbeitsamtes, das doch sonst mit jedem Pfennig rechnet, erstaunlich erscheint, der hat durch aus recht. Denn diese Freigiebigkeit hat einen ganz kleinen Haken. Wenn ein solcher Antrag nämlich gestellt wird, dann muß sich das überföhrnde Ehepaar, also nicht nur der Mann, sondern auch die Ehefrau,

unterschriftlich verpflichten, in den nächsten drei Jahren ihren Wohnsitz in Deutschland zu behalten und vor dieser Zeit nicht nach Danzig zurückzukehren.

Diese Verpflichtung steht in einigem Gegensatz zu der gerade von nationalsozialistischer Seite gepredigten Idee der Heimatliebe. Gegen Bedarfsbedeckungsscheine, Freifahrt und Umzugskosten soll der Arbeitslose veranlaßt werden, seine Heimat jahrelang zu verlassen. Es ist doch aber gerade der tiefste Trieb des Menschen, wenn es ihm in der Fremde schlecht geht, seine Heimat auszusuchen. Denn die Schatten-seite des Daseins läßt sich in der Heimat leichter ertragen als draußen in der Fremde. Drei Jahre sind im Leben des Menschen aber eine lange Zeit und es ist nicht schon, wenn drei Jahre lang die Heimat, in der für jeden „die starken Wurzeln seiner Kraft“ sind, verlassen ist.

Denn gerade unter den heutigen Verhältnissen muß jeder Danziger sehen, daß ihm seine Heimat nicht verlassen wird. Große Schwierigkeiten bei der Ueberführung würden sich gerade für diejenigen Danziger ergeben, die die Ansichten der Danziger Opposition teilen. Man könnte zwar meinen, daß derjenige, der aus Danzig nach Deutschland geht, dort nur seine Arbeit zu tun hat und sich um Politik nicht zu kümmern braucht. Aber anscheinend ist das doch nicht so. Denn für die NSDAP in Deutschland besteht nicht nur die persönlichen Lebensverhältnisse des nach Deutschland Ueberföhrten Interesse, sondern auch seine ganze politische Einstellung. Diese Tatsache geht aus einem

Fragebogen der Auslandsorganisation der NSDAP.

Rückwärtigeramt, hervor. Dieser Fragebogen sucht den nach Deutschland überföhrten Danziger sozusagen bis in die letzte Gewissens-falte zu erforschen. Er umfaßt 39 Fragen, die zum großen Teil noch in Unterfragen geteilt sind. Daß der Fragebogen sich für die gewöhnlichen Personaltypen wie Name, Geburtsort, Geburtsjahr, Beruf, Familienstand, früherer und jetziger Wohnort, interessiert, das ist nicht das Auffällige. Viel aufschlußreicher ist schon die Frage danach, ob der Ueberföhrte und seine Ehefrau auch Arier sind. Auch die Erwähnung über die Kriegsteilnahme ist typisch für die Bewertungsgesichtspunkte der NSDAP. Indirekter ist aber schon die Frage, ob der Ueberföhrte von irgendeinem Staate ausgewiesen worden ist und aus welchem Grunde eine etwaige Ausweisung erfolgt ist. Weshalb man sich nach dem in Auslande lebenden Familienmitgliedern erkundigt, ist leicht begreiflich. Besonders wichtig werden die Fragen dann von Nummer 31 ab. Diesen Teil des Fragebogens geben wir wörtlich wieder.

31. Politische Vergangenheit bis zur Auswanderung:
32. Politische Betätigung im Ausland:
33. Waren Sie oder sind Sie jetzt noch Mitglied eines Geheimbundes oder einer Loge? Name und Sitz des Geheimbundes oder Loge:
34. Sind Sie in der Lage, Deutsche zu überzeugen, die sich im Ausland Staatsbürgerschaft gegen Deutschland betätigen?
35. Name und Wohnort derselben:
36. Gehören Sie einer Organisation der NSDAP an?
37. Eintrittsdatum: Ort des Eintritts: Mitgli.-Nr.:
38. Jetzige Ortsgruppe:
39. Auskünfte können erteilt werden über:
 - a) meine berufliche Tätigkeit im In- und Auslande:
 - b) meinen politischen Werdegang:
 - c) persönliche Referenzen im Inlande:
 1. Name, Beruf, Wohnort, Straße:
 2. dasselbe.
 3. dasselbe.

Wer da glauben sollte, daß er nur die Frage zu beantworten braucht, die er für gut findet, der irrt. Denn der Fragebogen enthält den unterrichtenden Hinweis:

„Jede Frage muß beantwortet werden.“

Da man für die wahrheitsgemäße Beantwortung der vorgelegten Fragen eine Garantie haben will, muß an Eides-

statt versichert werden, daß die Fragen nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet worden sind. Es ist ja das Wesen einer eidesstattlichen Versicherung, daß derjenige, der etwas Falsches versichert, bestraft wird.

Der Verpflichtung zur Ausfüllung des Fragebogens kann man sich in Deutschland nicht entziehen, wenn man seine Stellung nicht aufs Spiel setzen will. Uns liegt ein Schreiben vor, in dem die Auslandsorganisation der NSDAP, Rückwärtigeramt, einem Danziger, der die

Ausfüllung des Fragebogens unterlassen hatte, die Entlassung von seiner Arbeitsstelle in Aussicht stellt,

wenn er nicht sofort die Ausfüllung nachholt und den Fragebogen samt Passbildern, Lebenslauf und Zeugnisabschriften der Parteistelle einreicht. Denn dieser Fragebogen dient als Grundlage für die Ausstellung eines Rückwärtigeramtsweises, der notwendig ist, wenn ein Danziger Ueberföhrter oder ein deutscher Rückwärtiger in Deutschland beschäftigt bleiben will.

Ueber den Fragebogen selbst, besonders über seinen politischen Teil, enthalten wir uns jeden Kommentars. Dem aufmerksamen Leser sagt er mehr als genug. Dafür wollen wir lieber etwas zu der Umsiedlungsaktion selbst sagen.

Diese Maßnahme kann nicht als Lösung der Danziger Schwierigkeiten angesehen werden. Abgesehen von den menschlichen Gründen, die dagegen sprechen, zeigen auch die wirtschaftspolitischen Gründe, daß dadurch keine Besserung herbeigeföhrt wird. Denn wenn immer weitere Kreise der Danziger Arbeiterschaft Danzig verlassen, dann fehlt der hiesigen Industrie nicht nur der Stamm geschulter Facharbeiter,

Obergericht bestätigt Aufhebung der Goldklausel

Sie sei keine verfassungswidrige Enteignung — Verstoße auch nicht gegen die Gleichheit vor dem Gesetz

Am Mittwoch, dem 8. Januar, war das Plenum des Obergerichts unter dem Vorsitz des Gerichtspräsidenten von Hagen zusammengetreten, um darüber zu beraten, ob die Verordnung des Senats vom 8. Mai 1935, durch die die Goldklausel für bestimmte Geldgeschäfte aufgehoben wurde, gegen die Verfassung verstößt. Wir haben über den Beginn dieses interessanten Rechtsstreits bereits berichtet. Es handelt sich bei diesem Prozeß um einen Anfechtungsfall, die vor etwa zwei Monaten der Besitzer Artur Marx aus Stegen angeklagt hat. Dieser besitzt in Danzig ein Grundstück. Zwei Hypotheken stehen auf dem Besitz. Beide Hypotheken lauten auf Reichsmark. Hypothekengläubiger sind ein Rentner in Elbing und die Zentral-Bodenkredit-Gesellschaft in Berlin. Als am 2. Mai in Danzig die Abwertung und die Aufhebung der Goldklausel verordnet wurde, beantragte der Besitzer Marx die Umschreibung seiner Hypothekenschulden von Reichsmark auf Gulden. Das Amtsgericht war zu dieser Umschreibung bereit, wollte aber erst die Genehmigung der beiden Hypothekengläubiger haben. Damit war der Besitzer Marx nicht zufrieden, denn in der Verordnung vom 8. Mai 1935 wird ausdrücklich gesagt, daß die Goldklausel auch für Darlehens- und Hypothekenschulden gilt. Der Richter ließ darum durch seinen Rechtsanwalt, Martfeld (Ziegenhof), Beschwerde beim Landgericht einlegen. Die fünfte Zivilkammer hat bereits in dieser Sache entschieden und gesagt, daß die Umwandlung einer Hypothekenschuld, die in ausländischer Währung angelegt war, in Guldenwährung, und zwar zu dem Umrechnungssatz, wie er vor der Abwertung bestand, eine entschuldigungsbedürftige Enteignung im Sinne des Artikels 110 der Danziger Verfassung darstellt.

Dieser Entscheidung war als ein Zwischenurteil anzusehen, das immer in solchen Fällen gefällt wird, wenn eine endgültige Klärung noch zu erwarten ist. Da der Generalstaatsanwalt gegen das Zwischenurteil der fünften Zivilkammer Revision beim Obergericht eingelegt hatte, trat am 8. Januar das Plenum des Obergerichts zusammen. Die Urteilsverkündung war für heute vormittag 9.30 Uhr angesetzt.

Das Plenum des Obergerichts trat um 9.45 Uhr zusammen. Gerichtspräsident von Hagen verkündete das Urteil, in dem ausgesprochen wurde, daß die Zwischenentscheidung des Landgerichts aufgehoben und daß die Verordnung des Senats vom 8. Mai 1935 nicht gegen die Verfassung verstößt.

Der Gerichtspräsident begründete das Urteil wie folgt:

Der Senat hat am 2. Mai 1935 die Verordnung über die Neuordnung von Verbindlichkeiten anlässlich der Herabsetzung des Goldwertes des Guldens erlassen und diese durch die Verordnung vom 2. Juli und 13. September 1935 ergänzt. In § 1 ist bestimmt, daß Verbindlichkeiten in Danziger Gulden, auch wenn sie auf Goldgulden lauten oder mit einer Goldklausel versehen sind, in Gulden im herabgesetzten Goldwert getilgt werden können. In § 2 ist daselbe ausgesprochen für Hypotheken und die ihnen zu Grunde liegenden persönlichen Forderungen, die auf ausländische Währung oder Goldmark lauten, insbesondere die Hypotheken der Danziger Hypothekenbank, und zwar auch dann, wenn die persönlichen Forderungen mit einer Kurs- oder Werticherungsklausel versehen sind, sowie für die Fälle, in denen einer Guldenhypothek eine in ausländischer Währung zahlbare Schuld zu Grunde liegt. Die Umrechnung in Gulden hat zu erfolgen nach dem vor dem 1. Mai 1935 geltenden Kurse.

Der zur Entscheidung stehende Fall

betrifft zwei Hypotheken deutscher Gläubiger, die Aufwertungshypotheken an einem Danziger Grundstück besitzen. Diese hatten ursprünglich auf Mark gelaufen und waren auf Grund des Ausleihsatzgesetzes in Reichsmark umgeschrieben. Diese Hypotheken sind also nach § 2 der Verordnung auf Gulden umzuwandeln, wobei das Verhältnis des Guldens zur Reichsmark nach dem vor der Guldenumwertung geltenden Kurse zu berechnen ist. Gläubiger der einen dieser Hypotheken sind Privatpersonen, Gläubigerin der zweiten ist ein deutsches Realkreditinstitut, die Deutsche Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft.

Das Landgericht hat die Umrechnung abgelehnt.

Es erblidt in dem Verlust, den § 2 der Verordnung den Gläubigern durch die Umstellung auf Gulden im herabgesetzten Goldwert zuföhrt, eine Enteignung ohne Entschädigung, die nach Artikel 110 der Verfassung unzulässig ist.

sondern die Umschichtungen und Verschiebungen in der Danziger Binnenwirtschaft (Verstoßen von Wohnungen usw.) ziehen alle Kreise in Mitleidenschaft. Der Widerspruch einer die wirklichen Interessen Danzigs berücksichtigenden Wirtschaftspolitik kann daher nur sein:

Für alle Danziger in Danzig Arbeit und Brot!

550 Golddollar ergaunert

Gestern, gegen 12 Uhr, erbot sich der staatenlose Kaufmann Gliedmann, welcher seit Jahren in Danzig wohnhaft ist, seinem Friseur, dem polnischen Staatsangehörigen G. 550 Golddollar in Bloß umzuwandeln. Gliedmann ging mit G. zu einem Glasermeister in der Tischlergasse, der angeblich die Golddollar in Bloß umzuwandeln würde. Während Gliedmann, die 550 Golddollar in der Tasche, den Glasermeister in seinem Geschäft aufsuchte, gab er dem Friseur den Rat, vor der Tür des Geschäfts auf ihn zu warten.

Gliedmann, der wohl gewußt haben muß, daß der Glasermeister kein Grundstück verkaufen wollte, erklärte dem Meister, daß er einen Käufer für das Grundstück habe; er möge ihm doch das Grundstück zeigen. Gliedmann ließ sich auch in den Keller führen und

interessierte sich dort hauptsächlich für einen Keller-ausgang, der zur anderen Straße führt.

Durch diesen Kellerabgang verschwand dann Gliedmann, um sich angeblich das Grundstück von hinten anzusehen.

Nachdem der Glasermeister im Keller und der Friseurmeister auf der Straße lange genug gewartet hatten, merkten sie schließlich, daß Gliedmann weder das Grundstück kaufen, noch die Golddollar wechseln wollte.

Ein mitgebrachter Koffer des Gliedmann, den er bei dem Glasermeister zurückließ, enthielt, wie immer in solchen Fällen, Lust. Wie die Feststellungen bis jetzt ergeben haben, soll Gliedmann mit einem ostländischen Paß die Marienburger Grenze passiert haben. Die 550 Golddollar hat er mitgenommen.

Das Obergericht hat zunächst geprüft, ob die genannten Verordnungen des Senats auf verfassungsgesetzlichem Wege zustande gekommen sind. Die dabei auftauchenden Fragen, die mit der Gültigkeit des Ermächtigungsgesetzes vom 24. Juni 1933 und dem Erlaß der Verordnungen im Rahmen dieses Gesetzes zusammenhängen, hat das Obergericht bejaht.

Das Obergericht

Recht sodann fest, daß die Verordnung in ihrer allgemein gehaltenen Fassung sich auf die Hypotheken deutscher Aufwertungsgläubiger mitbezieht. Der Senat habe den Willen gehabt, Rückföhren auf die besonderen Verhältnisse der Aufwertungsgläubiger mit deutscher Staatsangehörigkeit nicht zu nehmen, namentlich auch nicht darauf, daß die Deutsche Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft sich vertraglich den Erfüllungsort Berlin und damit die Anwendung deutschen Rechts ausbedungen hatte. In diesen Willen, der in der Verordnung klaren Ausdruck gefunden habe, sind die Danziger Gerichte gebunden.

Das Obergericht trifft sodann die rechtliche Feststellung, daß

eine Enteignung im Sinne der Verfassung nicht vorliegt.

Es stellt sich mit dem Landgericht auf den Boden der Einzelaktstheorie, von der auch die Rechtsprechung des Reichsgerichts beherzigt wird. Danach liegt eine Enteignung nur vor, wenn der gezielte Eingriff sich richtet gegen einzelne von der gesetzlichen Norm betroffene Personen, Sachen, Rechte oder Rechtsverhältnisse oder einen engeren Kreis von ihnen. Hier aber seien die betroffenen Rechtsgeschäfte nach Art und Gattungsmerkmalen allgemein bezeichnet, denn sämtliche Hypotheken, die auf ausländische Währung oder Goldmark lauten, sind einer einheitlichen Regelung unterworfen. Es fehle sonach an einem besonderen Opfer, das einzelnen zum Wohle der Allgemeinheit zugemutet werde und das das Kennzeichen der Enteignung bilde. Dabei mache es keinen Unterschied — und darin habe das Landgericht geirrt — ob die von dem Gesetz betroffenen Rechtsgeschäfte, wie hier, schon ausnahmslos zurzeit der Erlassung des Gesetzes bestanden, oder ob die Regelung in erster Reihe für erst zukünftig entstehende Rechtsverhältnisse gedacht war. Die Ansicht, daß die Befreiung der Befreiungswirkung nur auf der Vergangenheit enthaltene Rechtsverhältnisse ein Merkmal der Enteignung sei, sei auch vom Reichsgericht niemals vertreten worden und durch seine Spruchpraxis sogar widerlegt.

Das Obergericht weist auch den Gedanken zurück, daß etwa durch die Miteinbeziehung der deutschen Aufwertungsgläubiger der

Grundlage der Gleichheit vor dem Gesetz

(Art. 73 der Verfassung) verletzt sei. Es ist die Deutsche Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft, die darauf hingewiesen hat, daß in § 3 der Verordnung verschiedene Anleihen des Danziger Staates, der Stadtgemeinde Danzig, der Hafenausschusses, sowie der Danziger Elektrischen-Strassenbahn-Aktiengesellschaft und die zu ihrer Sicherheit bestellten dinglichen Rechte von der Umstellung ausgenommen worden sind. Sie beansprucht für ihre Hypotheken die gleiche Behandlung mit diesen. Das Obergericht zieht in Zweifel, ob nach der Verfassung überhaupt Ausländer Anspruch auf Gleichheit vor dem Gesetz haben, stellt aber auf alle Fälle fest, daß auch abgesehen davon, die Gleichstellung nicht beansprucht werden kann, weil die Voraussetzungen der Gleichheit des Tatbestandes nicht erfüllt sind. Außerdem sind es wohlwogende Gründe im Interesse des Kredits des Danziger Staates auf dem internationalen Anleihemarkt gewesen, die dazu geführt haben, den im Ausland begebenen Anleihen und ihren dinglichen Unterlagen eine bevorzugte Behandlung zuteil werden zu lassen.

Da also die in § 2 der Verordnung vom 2. 5. 35 erlassene Regelung verfassungsrechtlich einwandfrei sei, hat das Obergericht dahin erkannt:

Auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft wird der Beschluß der 5. Zivilkammer des Landgerichts in Danzig vom 30. August 1935 aufgehoben.

Der § 2 der Verordnung über die Neuordnung von Verbindlichkeiten anlässlich der Herabsetzung des Goldwertes des Gulden vom 2. Mai 1935 (GVL. S. 617) in der Fassung der Verordnung vom 8. Juli 1935 (GVL. S. 797) steht mit der Verfassung nicht in Widerspruch.

DANZIGER
GEOR. 1822
SPARKASSEN-ACTIEN-VEREIN
HILDEBRANDS-GASSE 38-41
Bestmögliche Verzinsung von
Gelden-Reichmark-Dollar und Pfund

Japan fest in Afrika fest

Politischer und wirtschaftlicher Einfluss in Abessinien
Mehr Äthiopien als Europa in Afrika

Jedem Besucher der italienischen Kolonie Erythraea fällt allemal das Fehlen ostafrikanischer Erzeugnisse auf. Selbst in den Kleinsten, sich weitlich von Asmara bis zur Sudan-grenze hinziehenden Ortschaften werden ostafrikanische Waren fehlgeboten. Diese Erscheinung beschränkt sich nicht auf Erythraea, sie trifft vielmehr auf ganz Ostafrika und dar-über hinaus zu. Sie verdient umso größere Beachtung, als die dadurch aufgeworfenen sozial- und bevölkerungspoli-tischen Fragen infolge des wirtschaftlichen und politischen Einflusses, den Japan seit einiger Zeit in Afrika zu ge-winnen versucht, in ein besonderes Licht gerückt werden. Daß auch die italienische Kolonialverwaltung dieser Tat-sache ihre Aufmerksamkeit schenkt, wird umso begreiflicher als die japanische Durchdringung sich in besonderem Maße Abessinien zuwendet.

Es dürfte wenig bekannt sein, daß die ostafrikanischen Gebiete, soweit es sich nicht um Eingeborene handelt, haupt-sächlich von Ostafrikanern her besiedelt sind, in erster Linie Hin-dus, dann Chinesen und schließlich Japaner. Folgende Zah-len sind aufschlußreich: in der englischen Kolonie Kenia leben neben 17 000 Europäern 40 000 Äthiopier. Die entsprechenden Zahlen lauten für: Uganda 2000 gegen 14 000, Tanganjika 7000 gegen 32 000, Englisch-Somaliland 100 gegen 2000, Italienisch-Somaliland 2000 gegen 80 000. Die zur Verfü-gung stehende Statistik berücksichtigt Südafrika nicht. Be-kanntlich aber hat Oshana seinen Verteidigungsfeldzug in Durban (Südafrika) begonnen, wo er seine Landsleute gegen die die Hinduarbeiter diskriminierende südafrikanische Gesetzgebung in Schutz nahm. Beachtung verdient ferner die Tatsache, daß in Südafrika immer noch gewisse Geleise unter dem Namen „colour bar“ in Kraft sind, durch die besonders die chinesische Einwanderung unterbunden werden soll.

Diese starke Vertretung des asiatischen Elements in Ost-afrika wird von den interessierten Kolonialregierungen als gefährlich angesehen, weil die Söhne des Fernen Ostens auch in der Fremde enge Fühlung mit der Heimat be-halten und als Träger einer besonderen politischen Den-kungsart eine solide Grundlage für die wirtschaftliche Durch-dringung schaffen. Es ist eine feststehende Tatsache, daß schon jetzt

in ganz Ostafrika der gesamte Klein- und Groß-
handel ausschließlich in den Händen von Äthiopen

liegt, wodurch den europäischen Erzeugnissen starker Ab-bruch getan wird. Hinzu kommt, daß die europäischen Er-zeugnisse, die sich hinsichtlich der ganzen Aufmachung und der Preisgestaltung wesentlich von den asiatischen unter-scheiden, kaum noch Vertreter in Ostafrika finden. Sehr oft, namentlich in Kenia und Tanganjika, üben die japani-schen Händler einen Druck auf ihre Landsleute aus, was zwangsläufig zur Verfeinerung und zu Protesten der weißen Händler führen muß.

Die Verengung des europäischen Handels erklärt sich, wenn man bedenkt, daß die japanische Ausfuhr nach Ost-afrika gegenwärtig um 34 Prozent gegenüber dem Jahre 1934 gestiegen ist. Der belagerte Kongo hat unter dem japa-nischen Wettbewerb besonders stark gelitten. Im vergange-nen Jahr sind in der belagerten Provinz viele Proteste erchie-nen. Hier ist die japanische Einfuhrtonnage von 200 000 Ton-nen im Jahre 1929 auf 1,5 Millionen Tonnen im Jahre 1934 ge-klungen. Auch die Eisenbahnfrachten und Güter sind von japa-nischen Erzeugnissen überflutet. Die englische Regierung von Rhodesia sah sich im vergangenen Jahr veranlaßt, Schutzmaßnahmen gegen den japanischen Wettbewerb zu ergreifen, und im Juli dieses Jahres hat Ägypten auf eng-lische Vorstellungen hin seinen Handelsvertrag mit Ja-pan gekündigt. Gewiß kaufen die Japaner Baumwolle von Ägypten, aber sie überfluteten den ägyptischen Markt mit Waren, die der englischen Einfuhr unliebsame Kon-furrenz machen.

In den letzten beiden Jahren haben die asiatischen Hän-dler sich besonders Abessinien zugewandt. Japan schenkt dem Reich des Negus seit 1933 größte Aufmerksamkeit, d. h. seit dem Zeitpunkt, an dem der abessinische Außenminister in Tokio einen politischen und Handelsvertrag mit Japan ab-schloß. Abessinien — so erklärt man auf italienischer Seite — hat sich auf diese Weise jeder selbst der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den benachbarten europäischen Kolo-nialmächten entziehen wollen. Der Vertrag sei in erster Linie gegen Italien gerichtet gewesen, da das italienisch-abessinische Handelsabkommen vom August 1928 infolge des schlechten Willens der Abessinier trotz aller Vorleistungen Noms totor Buchstabe geblieben sei. Japan habe den Um-stand benutzt, um sich in Abessinien festzusetzen. Zum Be-weis dessen führen maßgebende italienische Kreise an, daß die japanische Einfuhr nach Abessinien über Dschibuti für das Jahr 1934 zwar nur mit einem Wert von 300 000 Fran-ken angegeben werde, daß aber

der japanische Export nach Abessinien unter englischer
Flagge

hauptsächlich über Bombay und Aden gehe, so daß jede wirkliche Kontrolle unmöglich sei; erst im vergangenen Jahre sei in Aden eine japanische Handelsniederlassung an-gelegt worden.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen könne man die Belieferung Abessinien durch Japan auf rund 50 Millio-nen Franken veranschlagen.

Mit der wirtschaftlichen Durchdringung nehe die politische Hand in Hand. Schon zu Beginn des Jahres sei die Rede von der Vereinfachung einer vornehmen japanischen Dame mit einem dem Hof in Addis Abeba nahestehenden, ein-flussreichen abessinischen Fürsten gewesen. Infolge der in verschiedenen politischen Kreisen ausbrechenden Erregung sei diese Eheheiratung ins Wasser gefallen, aber Japan habe sich dadurch nicht von dem einmal eingeschlagenen Weg abbringen lassen. Die Anwesenheit japanischer Persönlich-keiten in Addis Abeba schiene die Vermutung europäischer Kreise zu bestätigen, daß Japan große Landbesitzungen in Abessinien erworben habe, die vornehmlich der Opium- und Baumwollkultur diene. Selbst in den Kreisen des Völker-bundes hätten diese Gerüchte ihren Widerhall gefunden. Der Vertreter der Regierung von Tokio habe damals — Japan gehörte zu dieser Zeit noch dem Völkerbund an — angesichts der Angriffe der internationalen Presse gegen den Opiumhandel in Abrede gestellt, daß Japan Landbesitz-ungen in Abessinien für die Gewinnung von Opium erworben habe. Die in Asien erscheinende Zeitung „Nisi Nisi“ ihrerseits behauptet, daß es sich lediglich um Aben-teurer handle, die auf eigene Rechnung und Gefahr ohne Wissen und gegen den Willen der Regierung vorantre-ten. Doch hätten erst kürzlich französische Blätter einwandfrei nachgewiesen, daß tatsächlich

Landkonzessionen an Japan

zwecks Gewinnung von Opium vergeben worden seien. Ueberdies lasse die in Japan im Juli dieses Jahres ent-fesselte Kampagne gegen die italienischen Ansprüche an

Abessinien eindeutig erkennen, daß Japan sich in Abessinien eine weitreichende Basis für eine wirtschaftliche und poli-tische Durchdringung geschaffen habe. Ein gewisser Watabashi, der Vertreter einer bedeutenden japanischen Firma in Addis Abeba, habe dies auch bestätigt.

Japan hat zunächst Nordchina erobert, hat dann Hollän-disch-Indien mit Menschen und Waren überflutet, schließlich die Vereinigten Staaten gezwungen, den Philip-pinen ihre Selbständigkeit wiederzugeben, weil Japan auf diese Inseln seine Augen geworfen hatte; jetzt legt es seinen Vormarsch fort, indem es die italienischen Kolonien in Afrika durch Belieferung Abessinien mit Waffen und durch die diplomatische Unterstützung dieses Landes zu brechen ver-lucht. Dadurch müssen Verwicklungen entstehen.

M.P.

Sanitäter, Sanitäter...

Der Regen in Abessinien

Immer mehr beschäftigt man sich in der Welt mit dem Aus-gang des italienischen Feldzuges in Abessinien und mit dem Schicksal des dorthin gebrachten italienischen Hei-matsheeres. Ganz plötzlich und völlig unvermutet hat der Regen eingesetzt. Er dauert nun schon beinahe drei Wochen, und es ist nicht abzusehen, wann er aufhört. Trübe wie der Regen Himmel an der Nordfront gestalten sich die Aussichten. Militärsachverständige in England kommen auf Grund ver-schiedener Überlegungen zu dem Schluß, daß der abessinische Krieg in den nächsten 100 Tagen langsam aber sicher an seinen eigenen Schwierigkeiten erstickt werde. Die ersten 100 Tage, die jetzt seit Beginn des Feldzuges verfloßen sind, hätten den Italienern nicht mehr eingebracht als 70 Meilen Weges auf der über 600 Meilen langen Strecke nach Addis Abeba. Dazu käme, daß der augenblickliche Stillstand des Vormarsches gar nicht so sehr auf die Tätigkeit der abessinischen Truppen zurückzuführen sei als auf die un-günstigen klimatischen Verhältnisse. Die tropischen Regen-güsse in Verbindung mit den dauernden Schwierigkeiten des Nachschubs infolge der Wegeverhältnisse schienen an sich schon genügend, um dem italienischen Feldzug ein vor-zeitiges Ende zu bereiten. Es sei zu erwarten, daß die Abessinier die Störung des italienischen Vormarsches dazu benutzen würden, nach Hause zurückzukehren und sich wieder ausgiebig zu verproviantieren. Die Ereignisse der letzten Woche hätten das italienische Hauptquartier mit Versorgungs-erfüllung. Dazu komme das unzeitige Einsetzen der „kleinen Regenzeit“, womit noch größere Schwierigkeiten unan-sprechlich seien. „Es sind nicht mehr als drei Monate für die Fortsetzung des Feldzuges übrig“, schreibt „Evening Stan-dard“, „unter den gegenwärtigen Wetterbedingungen, und wenn man den bisherigen Mangel an Erfolgen berücksich-tigt, scheint es unwahrscheinlich, daß in dieser Zeit ein wirk-licher Erfolg erzielt werden kann. Berücksichtigt man die große Zahl von Menschen, die verpflegt werden müssen, und den natürlichen Charakter des Landes, so ist für jeden erfahrenen Beobachter klar, daß die Italiener nur eine Statutenrolle spielen können, bis sie wenigstens zwei gute Straßen angelegt haben und, soweit die Bodenverhältnisse es erlauben, irgendeine kleine Eisenbahn.“

Die ersten 100 Tage

Die feldärztlichen Einrichtungen

Der Sanitätsdienst hat im Kriege eine überaus wichtige Aufgabe zu erfüllen. Ganze Kriege können verloren gehen, wenn die sanitären Einrichtungen unvollkommen sind oder nicht funktionieren. Alle modernen Armeen widmen daher dem Sanitätsdienst erhöhte Aufmerksamkeit, auch Deutsch-land bei seinen Aufrüstungsmaßnahmen. Die Sanitätsfor-mationen im deutschen Heere werden so eingerichtet werden: Die moderne Infanterie- oder Artilleriedivision, die heute in ihrem Verbände auch Panzerabteilungen usw. führt, hat einen Divisionsarzt. Dazu stehen bei jedem Regiment, bei jedem Bataillon und jeder Abteilung je ein weiterer Arzt. Der Divisionsarzt verfügt über zwei schwere Lastwagen mit ärztlichen Geräten, die er zur Weitergabe an die unteren Dienststellen bereit hält. Jede einzelne Abteilung wird un-abhängig von der anderen gemacht und ist voll einsatzfähig. Jede Division verfügt über eine Sanitätskompanie, die aus einer Sanitätskompanie, einem Feldlazarett und zwei Kran-kenkraftwagenzügen zu je 10 Fahrzeugen besteht. Während des Krieges der Division, die beim Vorgehen in der Regel bis 30 Kilometer Länge hat, errichtet das rote Kreuz den sogenannten Krankensammelplatz der Division, und zwar an einer Stelle, die von der gesamten Division berührt wird. Von hier aus bringt die Sanitätskompanie die Kran-ken auf Fahrzeugen nach „hinten“ bzw. befördert die Leicht-franken weiter nach vorn, damit sie nach ihrer Wiederher-stellung wieder in ihren Truppenverband eintreten können.

Vor, während und nach dem Kampf amtiert bei jedem Infanteriebataillon ein Bataillonsarzt, der einen Sanitäts-unteroffizier des Stabes zur Hilfe hat. Dazu stehen bei jeder Kompanie vier Sanitätsunteroffiziere und außerdem je vier Hilfskrankenwärter. Davon geht die Hälfte mit der Truppe ins Gefecht, um während einer Gefechtspause oder im Schutze der Nacht die Verwundeten zu den Truppen-verbandsplätzen zu bringen.

Die Minderheiten an der Saar

95 Prozent der Juden wandern aus

Bei einer auf die Saarabstimmung bezüglichen Rundgebung auf der Wartburg erklärte Gauleiter Bürdel, daß bis 1. März wohl mehr als 95 Prozent aller Juden das Saargebiet zu ver-lassen haben werden. Die, die noch dort bleiben, würden nach den bereits geltenden Gesetzen behandelt werden. Was die Status-quo-Anhänger betreffe, „könne niemand Deutschland zumuten, daß man ihnen um den Hals falle“. (Bis zum 1. März gelten bekanntlich im Saargebiet noch Ausnahmebestimmungen.)

Arbeitslose Schauspieler in Deutschland

8500 von 13 000 nach Angabe der Reichstheaterkammer

Nach den Angaben des Geschäftsführers der Reichstheater-kammer über die Lage der deutschen Schauspieler sollen von den rund 13 000 in Betracht kommenden Schauspielern 8500 ar-beitslos sein.

1936 Fragen an die Geschworenen im Stawitzprozeß. Der Stawitzprozeß geht langsam seinem Ende zu. Die lange Dauer dieses Mißverurteiltes hat es mit sich gebracht, daß einer der Richter inzwischen die Altersgrenze erreicht hat und daher nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen kann. Man hofft, am Donnerstag oder Freitag d. h. Ber-atungen abzuschließen zu können. Die Beantwortung der 1936 Fragen, die an die Geschworenen gerichtet sind, wird jedoch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Es ist daher kaum mit der Urteilsverkündung vor Sonnabend abend zu rechnen.

Der „verhängnisvolle Weg“ der Kirche

Eine Erklärung des Reichsbruderrats

Von den Kanzeln der Bekennenden Kirche der Altpreußischen Union ist am Sonntag eine Erklärung des Bruderrates verlesen worden, in der dieser die Entschiedenheit kundgibt, das Amt der Kirchenleitung nicht an die vom Staat eingesetzten Kirchen-ausschüsse abzutreten, sondern weiterhin auszuüben. In der Erklärung heißt es:

„Die evangelische Gemeinde ist in den letzten Wochen in stei-gendem Maße durch Pressenachrichten über die fortwährende Verdrängung in der evangelischen Kirche verwirrt worden. Da der Bekennenden Kirche alle anderen Wege zur wahrheitsmäßigen Unterrichtung der Gemeinde versperrt sind, ist der Bruderrat der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union gezwungen, durch die Bekanntmachung im Gottesdienst zu erklären: Die Bekennenden Kirche hat ihren Auftrag von Gottes Wort; sie hat die Verantwortung für die Leitung der evangelischen Kirche auf sich nehmen müssen, um die Verdrängung der Lehre und die Verdrängung der Ordnung der Kirche zu wehren. Der Staat hat Kirchenausschüsse eingesetzt und sie mit der Leitung der Kirche beauftragt. Der Altpreußische Bruderrat sieht

in der Einsetzung solcher Ausschüsse einen für die Kirche
verhängnisvollen Weg,

weil und solange sie die Leitung der Kirche in Anspruch neh-men. Darum lehnt der Altpreußische Bruderrat die Ausschüsse ab und übt wie bisher das Amt der Kirchenleitung aus. Er er-innert die Bruderräte in den Provinzen, Kreisen und Gemein-den an die Verpflichtung, die sie vor Gott und der Gemeinde übernommen haben, und weist sie an, ihr Amt der Leitung in vollem Umfange wahrzunehmen.“

In mehreren überfüllten Kirchen Berlins wurde die Ver-lesung dieser Erklärung von stichtlich beeindruckten Gemein-den mit dem Singen von „Eine feste Burg ist unser Gott“ beant-wortet.

Vollausdrücklich wird in wenigen Wochen die Reichs-synode der Bekennenden Kirche zusammentreten, um die durch das Ausscheiden des hannoverschen Bischofs D. Marah-rens und des Kirchenrats Breit notwendig gewordene Ergän-zung der vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche zu beraten und zu den Kirchenausschüssen eine einheit-liche Stellung zu nehmen. Bedenklich hierfür ist, daß Ende ver-gangener Woche nun auch der Bruderrat der Landeskirche von Württemberg sich klar gegen die Kirchenleitung der vom Staat eingesetzten Ausschüsse erklärt hat. Der Bruderrat von Würt-temberg erkennt nur die Aufgabe der Kirchenausschüsse, die Ordnung der Kirche wiederherzustellen, an und weist darauf hin, daß die Tätigkeit der Ausschüsse ursprünglich auch von Mi-nistern selbst so gedacht gewesen sei. Tatsächlich aber seien ständig Eingriffe der Ausschüsse in die Kirchenleitung festzu-stellen, und das mache diese unfähig, die Ordnung wiederherzu-stellen.

Lohnkämpfe in England

Der Verlauf der Lohnaktion der englischen Kohlenberga-leute läßt noch keinen Schluß darauf zu, ob es gelingen wird, den für Ende Januar prognostizierten Generalstreik in letzter Stunde zu vermeiden. Nachdem die Grubenbesitzer sich zu Lohnkonzessionen bereit erklärt haben, scheinen die Gewerk-schaften zu beschließen, diese günstige Position halten und durch gewisse Zugeständnisse bei ihren Forderungen zu ver-hindern, daß in der überwiegen zu Gunsten der Bergarbei-ter eingestellten öffentlichen Meinung Englands eine Schwen-ung zu ihrem Nachteil eintritt. Für diese taktische Über-legung scheint eine Rede zu sprechen, die der Präsident Jones der englischen Bergarbeitergewerkschaft kürzlich in Mexborough (Yorkshire) gehalten hat. Es wird darin näm-lich ausgeführt, daß die Bergarbeiter ihre Forderungen revidieren würden, wenn gewisse Bedingungen erfüllt würden. Als wichtigste dieser Forderungen sind die volle Anerken-nung der Bergarbeitergewerkschaft durch die Grubenbesitzer und die Schaffung einer zentralen Verhandlungskörperschaft für die Erörterung von Lohn- und anderen Fragen zu nennen. Weiter wird verlangt, daß die Grubenbesitzer ihre Lohnangebote in den schlechtesten bezahlten Gebieten wie Süd-wales und Durham erhöhen sollen. Die Bergarbeiter seien zu einem Fünfjahresabkommen auf dieser Grundlage bereit. Diese Kompromißvorschlüsse dürften auch auf Vermitt-lungsaktionen der englischen Regierung zurückgehen. Oben-heim scheint dabei die Überlegung eine Rolle gespielt zu haben, daß ein Vergleich in diesem Falle für die Arbeiterklasse besser ist als eine Kraftprobe.

Im übrigen beschränkt sich die englische Lohnbewegung durchaus nicht allein auf die Bergarbeiter. Alle Teile der Arbeiterkraft wollen an den Vorteilen der englischen Kon-junktur teilhaben. So erhielten in der ersten Januarwoche Bauarbeiter, Maurer, Maurergehilfen und Zimmerleute eine Zulage von 2 s die Woche. Der London Passenger Transport Board erhöhte die Löhne des Fahrpersonals seines Überlanddienstes um ebensoviel, seine Garagenarbeiter bekamen 1 s je Woche mehr. Bei den Arbeitergruppen wurde eine weitere Zulage derselben Höhe für Fahrgäste aus-gehandelt. Auch Teile des Schiffsfahrpersonals erhielten höhere Be-löhne. Schiffsbesatzungen und Büroab der Peninsular & Orient Line erhielten eine Zulage von 50 Prozent des vor einigen Jahren beschlossenen Krizenabzugs. Außerdem wurden zahl-reiche Lohnverhandlungen in anderen Wirtschaftszweigen. So forderten Eisenbahner, Postwerker und Maschinenmon-teure Lohnzulagen. Ein solcher Kampf um die Löhne kann aber nur von starken und unabhängigen Gewerkschaften in einer den wirklichen Interessen der Arbeiterklasse entspre-chen Weise durchgeführt werden.

Wahlkampf in Spanien beginnt

Mit der Festlegung der Neuwahl der Cortes ist die seit dem Ausfall im Oktober 1931 ausgetragene Presse- und Verjam-mungsfreiheit für ganz Spanien wiederhergestellt. Die soziali-stische Presse ist bereits wieder erschienen. Das Zentralorgan „El Socialista“ kommt in wesentlich erhöhter Auflage heraus. Der Ministerpräsident hat auf Anfrage erklärt, daß nicht nur das Madrider Volkshaus — der Sitz der meisten Arbeiterorga-nisationen und Mittelpunkt der Arbeiterbewegung in der spa-nischen Hauptstadt —, sondern auch alle übrigen heute noch ge-sperrten Arbeiterheime die Erlaubnis zur Wiedereröffnung er-halten sollen.

Der Führer der spanischen Sozialisten, Largo Caballero, hielt in Madrid zum ersten Male nach seinem Freibruch eine öffentliche Rede. Er erklärte, er bedauere es nicht, daß er den sozialistischen Idealen treu geblieben sei. Der Redner wies auf die Notwendigkeit hin, eine Verständigung zwischen den sozia-listischen Parteien und der republikanischen Linken für die Wahlkampfherbeiführung, und forderte eine allgemeine Amnestie für politische Gefangene.

Zwei Tote, 27 Verletzte. Das gemeldete Eisenbahnunglück bei Eridwenham in England war schwerer als sich nach den ersten Berichten vermuten ließ. Es hat bisher zwei Todes-opfer und 27 Verletzte gefordert. Unter den Getöteten be-finden sich auch der Lokomotivführer, der im Krankenhaus an den Folgen schwerer Verbrennungen starb.

Roman von H. L. Rumpff

1. Fortsetzung

Selbst hatte er über eine Sache so lang und so fröhlich nachgedacht. Bei der Frage, ob lehrte oder infizierte, wurde ihm bewusst warm, trotz der winzigen Wiese. Auch, wenn manchen waren es heute Abend sogar, toll, blutgebunden. Auch es über der Zeitung, die Frau Geben vorzüglich heringerichtet hatte. Auch für sie war es nicht unerlässlich, ob sie einem Anwesenden mit oder ohne Stellung beheimlicht. In der Zeitung standen die Anzeigen, Frau Geben gab eine an. Phil klopfte in den Seiten, und noch ehe er sich über die Schandverbindung klar war, hatte sein Auge eine kleine Anstalt in den Niederstübchen erreicht, die Anstalt: Seifen — aufbewahrt.

Das Ständeklein

[illegible]

„Nimm das Geld in der Tasche — du, laß das ja sein, gib das Ding her, ich verbitte mir deine Bemerkungen, ich habe es gefunden . . .“

[illegible]

Meine erste Begegnung mit einem Schneehetti war recht
unangenehm. Auch damals jagte ich noch nicht meinem Gefühl,
das mich bewogte daraufr. Im Sommer 1929 herrschte noch
schöner Schneehetti angelang zahlreicher, jüngeres Ansehlicher.
Die ersten Gänge waren bombastischer. Jetzt kam es zu noch
einige etwas ansehnlicher Fächern in den Schafställe machen.
Jagte ich mir und jense über Hals an Eltern nach Barth. Als
ich ins Gefängnis kam, sah ich gegen Abend an der Asten
Sind wichtiger Schneehetten flattern. Also kam es in den
Gefängnis (im Fall kam man nicht). Natürlich — jense ich —
wird der jense Schnee oben an den Seiten mit Fächern
entlang verlaufen und fertig. Da heißt es ansetzen setzen.
Die ersten Gänge Schafställe kamen die jense, auch für
den dem mir aufpassen Anfang über die Schafställe zum
Barth. Die Erfahrungen des ersten Ganges ansetzen,
sah ich mich bewogte und ging früh ansetzen, einen alten Spur
nach. Aber als ich mich dem immer tieferen Ort näherte, da
kam die jense kühne Schnee plötzlich hart: ich kam das
Horn des ersten Ganges, trat den ersten jense jense
Schnee. Der Ort war hier nicht ansetzen. Ich kam unter
den ersten Gänge, durch eine mehrere hundert Meter lange
Höhle, die sich seit zum Gefängnis ansetzen und rechts
den jense jense kühne kühn (für Schafställe ansetzen)
sah, in dem jense, mehrere 100 Meter jense jense
abstand. — Die jense kühn bald im jense, der mir
jense jense kühn und jense kühn. Der Schnee kühn
kühn. Es kam mir mehrmals jense. Ich fand mich jense.
Nach der jense kühn kühn mir, kühn die jense Schnee
kühn über mir. Aber jense kühn war mir die kühn, jense
jense kühn kühn. Der jense kühn mir kühn jense.

jaßt er so vernichtend wie nur möglich. „erst so ein Affentheater und dann 'nen Teller Suppe — nee, Froelche, mit Philipp Spoor nicht zu machen. Noch nicht. Dafür mußt du dir einen andern juchen.“

(Fortsetzung folgt.)

„Stöße rausreißten!“ schreit es in mir. „Und umdrehen!“ brüllt es. „Und einrammen!“ leucht es. Ich handle so, werfe mich der Laxe entgegen, finde Halt. Sie wälzt, schiebt sich vorbei — links, rechts, läuft sich an mir hoch. Dann reißt sie mich wieder mit, dem Abbruch zu! Aber ganz plötzlich fesse ich, daß die Schellen vor mir schneller jagen, daß ich — völlig unfassbar — zu halten scheine? Unglaublich, aber wahr: Ich halte. Nicht am Tobelrand. Ich befe am ganzen Leibe. Begreife erst allmählich, daß ich gerettet bin. Setze und höre hinter mir den Strom vorbeifließen und in der Tiefe mit donnerndem Sturz verschwinden. — Ich rasse mich auf und erkenne, daß ich auf dem einzigen winzigen, lanzenartigen Balken des Ganges zum Halten kam, daß die Schellen (und nicht nur ich) hier verhielten, während vor und hinter mir alles niederbrach. Ich sehe jetzt auch den Abgrund und die riesige Fläche des abgebrochenen Schneebrettes. Es war ein böser Anblick, der sich mir bot. Die mächtigen Schellen stürzten über 200 Meter weiter hinab und stülten geraden als riesige Laubel den engen Tobelgrund einige sechs bis acht Meter hoch aus! Mit einem regelrechten Toben über den Abgrund hinunter in den Tobel.

Die Gendarmerie in Keupel (Zischendorfswalde) überraschte eine Zigeunerversammlung, welche verdächtigt wurde, mehrere Raubheheneien begangen zu haben. Die Zigeuner saßen eben bei einem häufigen Schweinemahl und bei einem Paß ebenfalls gekochten Bieres. Sie luden zum Gastmahl die Zigeuner der weiteren Umgebung ein. Die Untersuchung ergab, daß die sechzehn Zigeuner und Zigeunerinnen, die an dem häufigen Gelage teilnahmen, über 50 Kilo Fleisch verzehrten, so daß also auf eine Person mehr als drei Kilo Fleisch fielen. Zweifellos hatten die Zigeuner einen guten Appetit.

Sport-Turnen-Spiel

Berliner Amateurböcher in Polen

10:6-Sieg in Hohenfalsa

Auf ihrer Polenreise hatte die Berliner Amateurböcher in Hohenfalsa einen zweiten Start mehr. In Hohenfalsa trafen die deutschen Böcher auf eine polnische Bezirksauswahl, die mit 10:6 Punkten im Gesamtergebnis geschlagen wurde. Erich Campe, Hornemann und Ryfus siegen in den drei schweren Gewichtsklassen durch 1. o., während Brandenburgs Leichtgewichtmeister Biegle und der Neuföhner Febergewichtler Böcker zu Punkterfolgen kamen. Lebhaftig Bruch und Weinhold sowie Hünkelens wurden nach Punkten geschlagen.

Die Ergebnisse (vom Fliegengewicht aufwärts): Bruch (B.) verlor nach Punkten gegen Lada (P.); Weinhold (B.) verlor nach Punkten gegen Rogowski (P.); Böcker schlug Marczyski nach Punkten; Biegle (B.) schlug Klesowski (P.) nach Punkten; Hünkelens verlor gegen Radomski (P.) 1. Runde 1. o.; Hornemann (B.) schlug Lewandowski (P.) 1. Runde 1. o.; Ryfus (B.) schlug Klesowski (P.) 2. Runde 1. o.; Ryfus (B.) schlug Klesowski (P.) 2. Runde 1. o.

Hochschulmeisterschaft begann

In Hannover wurden am Mittwoch zwei Vorrundenspiele zur Deutschen Hochschulmeisterschaft im Fußball und Handball durchgeführt. Im Fußballkampf siegte die Technische Hochschule Hannover über die Universität Hamburg nur knapp mit 4:3 (3:0) nicht ganz verdient, denn die Gäste zeigten durchweg bessere Leistungen, doch ließ der Erfahrorwart einige haltbare Bälle durch. Sicher und überlegen war dagegen der Sieg der Hannoveraner im Handball mit 10:3 (6:1) über ihre Hamburger Gegner.

Der Streit um die Kanadier

Es wurde nichts aus der Naturalisation

Die französischen Eishockeyspieler erlebten eine bittere Enttäuschung. Sie wollten ihre Olympiamannschaft durch die drei Kanadier Gagnon, Belhumeur und Cadorelle verstärken und strebten infolgedessen ihre Naturalisation an. Doch machten die Amtsstuben einen Strich durch die Rechnung; es stellte sich nämlich heraus, daß die Naturalisation bis zum endgültigen Nennungsstich für Garmisch nicht durchgeführt werden kann, so daß die Kanadier nicht für Frankreich starten dürfen. Das bedeutet zweifellos eine Schwächung für die französische Expedition, die nun drei Ersatzleute mitnehmen muß.

Die Franzosen haben auch sonst mit ihren Sportlern Pech. Dunau-Barilla, der Mannschaftsführer der Eiskläufer, prallte bei einem Abfahrtslauf in hohem Tempo mit dem Trainer Toni Ducia zusammen und mußte mit einem Beinbruch in das Krankenhaus übergeführt werden. In Maurice Lafforgue wurde ein weiteres Mitglied der Olympia-Mannschaft außer Gefecht gesetzt. Lafforgue zog sich bei einem Sturz eine schwere Knieverletzung zu. Ein ähnliches Schicksal ereilte Wignolle, bei dem es ebenfalls fraglich erscheint, ob er mit nach Garmisch-Partenkirchen fahren kann.

Kopenhagens neue Tennishalle

Die neue Kopenhagener Tennishalle im Vorort Hellerup ist nunmehr fertiggestellt und kann in der nächsten Woche ihrer Bestimmung übergeben werden. Die Halle bietet 2000 Zuschauern Platz und ist damit die größte in Dänemark. Als erste Veranstaltung steigt am 20. und 21. Januar ein Städtelkampf Kopenhagen-Paris, den auf französischer

Seite Jean Borotra und der talentierte Nachwuchsspieler R. Pelizza bestreiten. Kopenhagens Vertretung steht noch nicht fest, voraussichtlich werden aber Sven Sperling und Plougman spielen, die auch an den Hallenmeisterschaften von Schweden beteiligt waren.

Neunfache Weltmeisterin

Sonja Henie und Nanna Egebius

Wie nicht anders zu erwarten war, hat Norwegen für das Kunstlaufen der Frauen in Garmisch-Partenkirchen die neunjache Weltmeisterin Sonja Henie und die norwegische Meisterin Nanna Egebius gemeldet. Norwegen hat damit für die Olympiade zwei erstklassige Bewerber für eine Goldmedaille im Wettbewerb. Im Paarlaufen wird Norwegen durch Randi Bakke Gjersten und Christen Christensen vertreten sein. Insgesamt hat Norwegen damit 52 Skiläufer und elf Bewerber für die Eislauf-Konkurrenzen zu den Olympischen Winterspielen gemeldet.

Um Englands Fußballtotal

Am Mittwoch wurden weitere Wiederholungsspiele der dritten Hauptrunde des Fußballwettbewerbes ausgetragen. Zu den bereits ausgetragenen ersten Runden Mannschaften sind noch zwei weitere hinzugekommen. So rühmte die Polakfreier, wie die Bolton Wanderers wurden von den Blackburn Rovers nach verlängerter Spielzeit mit 1:0 geschlagen. Auch Birmingham nicht der Vorteil des eigenen Platzes nicht viel, denn Barnsley gewann mit 2:0. Außerordentlich schwer hatte es der Polakverteidiger Sheffield Wednesday, um gegen Crewe Alexandra die Oberhand zu behalten. Nach regulärem Spielende stand der Kampf noch 1:1, erst in der Verlängerung mußten die Drittligisten noch zwei Tore in Kauf nehmen und sich dadurch mit 3:1 geschlagen begeben. Einen schönen Sieg feierte dagegen die gleichfalls zur dritten Liga zählende Mannschaft von Luton Town mit 4:0 gegen Westham United. Die nächste Runde erreichten noch Tranmere Rovers mit 4:3 gegen Notts County, ferner Chelsea mit 3:1 gegen Norwich City, Tottenham Hotspur mit 2:1 gegen Southampton, Leeds United mit 3:1 gegen Wolverhampton Wanderers und Stoke City mit 4:0 gegen Millwall. In einem Punktspiel der ersten Liga war Huddersfield Town mit 2:1 über Manchester City erfolgreich.

Pokal-Endspiel in Frankfurt a. M.

Nach den Siegen von Sachsen und Südbayern in der Vorrundung um den Fußball-Bundespokal war damit zu rechnen, daß der Endkampf in das Gebiet des Landes Südbayern fiel, da Sachsen in der Vorrundung in Chemnitz gegen Brandenburg spielen durfte, während Südbayern nach Augsburg zum Kampf gegen Bayern mußte. Das Fachamt Fußball hat nunmehr den Endkampf für den 1. März nach Frankfurt a. M. angesetzt.

USA. Olympia-Eishockeymannschaft besiegt. In der Londoner Wembley-Arena traf die Olympia-Eishockeymannschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika auf eine kombinierte englische Mannschaft. Die Amerikaner wurden mit 10:5 Toren sicher geschlagen.

Die Deutsche Vereinsmeisterschaft der Leichtathleten bringt für 1936 eine Erweiterung des Programms der Sonderklasse um einen 400-Meter-Hürden-Lauf und eine 4x100-Meter-Staffel. Weiterhin steht die jetzt herausgegebene Auszeichnung vor, daß jeder Aktive sich an drei Wettbewerben (bisher zwei) beteiligen kann, von denen aber nur zwei Läufe sein dürfen. Der Endkampf der Sonderklasse ist für den 19. und 20. September in Stuttgart vorgesehen.

Schnee

Von Eim Wihrem

Ich wache auf und verweile lange in der zarten Wärme des Lagers. Meine Frau ist schon im Dienst, mein zweijähriger Sohn geht mit seiner Kinderfrau, mit Olga, spazieren.

Die Armlosigkeit des Raumes stört mich heute weniger. Ich habe mich eingelebt mit dieser verruchten Decke, mit diesen verjagten Tapeten, mit dem einzigen wackligen Tisch, mit dem einzigen wackligen Stuhl, mit dem dem Wächerschränk, den ich selber aus Kisten gezimmert, mit dem großen, ungemalten Ofen, mit dem Bett meiner Frau, mit dem Kinderbett. Ich tröste mich damit, daß viele noch schlechter leben.

Ich muß überlegen, was heute zu tun ist. Zuerst muß ich mich rasieren, und dann beginnt die Lauferei und das Warten auf den Redaktionen.

Ich stehe auf und ziehe mich an. Der Schmerz in den Zähnen, der mich den ganzen Monat über gequält hat, hat heute nachgelassen. Die Gedanken sind heute heiter, das körperliche Wohlbefinden erzeugt Munterheit und das Gefühl der Sicherheit. Wie schön ist das Leben, denke ich und sehe zum Fenster hinaus. Schnee liegt draußen. Ueber Nacht ist viel Schnee angeweht. Der Schnee ist hell und sauber. Der Schnee ist gesund, denke ich; ich entsinne mich an die trüben Herbsttage, an den Schmutz auf den aufgeweichten Straßen, und freue mich, daß der Winter kommt. Der Winter ist gesund. Der Schnee ist schön und sauber.

Der Holzhaufen auf dem Hof ist ganz zugeweht. Im Vorgarten liegt der Schnee wie ein weißes Gewebe. Er ist noch ganz weich, schöner Pulverschnee. Wenn man darüber hinwegläuft, fliegt er fort wie Blütenstaub, wenn man die Hand auf ihn legt, sinkt sie tief ein wie ins Nichts. Es ist schön, in solchem Schnee zu arbeiten. Kein Dichter hat es noch für wert gefunden, den Schnee zu besingen. Viele Gesänge gibt es über Sonne, Bäume und Blumen, viele auch über den Winter. Aber wenig noch über den Schnee, den unberührt weißen, den stillen, herrlichen Schnee. Einmal werde ich einen Gang vom Schnee blicken, es wird die schönste Dichtung sein, die mir in meinem Leben gelingt.

Für heute muß ich es aufgeben. Ich habe bringendere Arbeiten. Ich muß mit der Schaufel arbeiten und mit dem Reil, muß das Holz freilegen und hauen. Dann, wenn ich fertig bin, will ich Tee trinken.

Ich bin schon draußen. Ich kann von hier die Landstraße weit hinaus sehen, und weit hinaus über die weiße Ebene. Schlitten fahren auf der Straße, ein Autobus überholt sie, der in die Stadt fährt.

In den Händen habe ich eine Hacke und eine Schaufel. Die Hacke muß ich zunächst fortlegen. Man muß einen Gang durch den Schnee schaufeln, um das Holz freizulegen. Aber der Gang muß schön sein, man darf nicht zuviel und nicht zu wenig fort-schaufeln. Wie eine Senie geht die Schaufel über den Schnee, der hochsteigt wie glühender, gläserner Staub, der herniederfällt wie silberner Regen. Ich erreiche die Holzschichten, wende um und bereinige die Bänke des Ganges von allen Hödern,

bis sie ganz glatt sind. Zweimal wiederhole ich das. Endlich ist die Arbeit fertig. Der Gang ist wunderbar, wie aus einem einzigen Stück weißen Marmor geschlagen. Ich habe auf alle Schnörkel verzichtet, die lustige Klarheit der Formen und Linien ergibt einen Gleichklang von Licht und Schatten.

Ich hole einige Holzstücke und zerleinere sie. Dann ordne ich sie, dann ist es Zeit zum Teetrinken. Die Kinderfrau ist mit dem Knaben zurückgekehrt. Olga reicht mir den Tee, der Knabe spielt mit einem kleinen Ball.

Ich muß immer wieder zum Fenster hinausschauen. Es gärt in mir das Bedürfnis, in Bergen, die von gleicher kristallener Schönheit sind, die Nacht der Schneelandschaft zu beschreiben. Ich fühle, wie das Lied entsteht. Ich beginne an mich selbst zu glauben, an mich, der diesen Gang gemacht hat. Ich werde diese vollendete Schönheit in sich ruhen lassen. Nichts soll sie verunreinigen.

Der Tee ist fertig, sagt Olga.

Der Tee ist fertig, denke ich, aber ich kann mich nicht vom Fenster losreißen. In diesem Augenblick sehe ich den Hauswirt, Ignat Maximowitsch. Er tritt aus dem Haus, bleibt an der Tür stehen, schaut mit seinen kurzschäftigen Augen um sich, schnuppert in der kühlen Luft, wie ein Tier. Bewundert er den Schnee so wie ich? Kann ein solches Wesen den Schnee bewundern?

Ignat Maximowitsch ist etwa fünfzig Jahre alt. Er ist bartlos, an Stelle des Schnurrbartes hat er Vorlesen. Er hat ein festes, rotes Gesicht. Ich weiß, daß er unsauber ist. Ich weiß, daß ihm das primitivste Gefühl für Schönheit mangelt. Ist es möglich, denke ich, daß dieser Mann ohne Gefühl und ohne Sinn für die Schönheit des Jambus des Schnees verfährt? Ich beobachte ihn, er erscheint mir widerwärtig und lächerlich. Er geht nach einer Weile wieder ins Haus zurück. Ich beruhige mich.

Aber plötzlich kehrt er wieder. Ignat Maximowitsch tritt wieder aus dem Haus, aber diesmal nicht mit leeren Händen, sondern mit einem Kbel voll Aufschauwasser. Er geht durch den Hof, er begibt sich in meinen Gang. Wird er den Eimer durch den Schnee entleeren? Will er mein Werk zerstören? Wird er die Natur belächeln?

Bei jedem Schritt dieses Ungeheuers wächst meine Erregung. Ignat Maximowitsch hat den Hofhof erreicht. Er bleibt einen Augenblick stehen, seine Blicke suchen. Er hält den Kbel bereit. Ich muß die Augen schließen, aus Furcht vor Blut, in Ohnmacht. Was soll ich tun, denke ich verzweifelt.

Als ich die Augen wieder öffne, sehe ich am Ende des Ganges vor meinem Fenster einen häßlichen, braunen Fleck im weißen Schnee. Es ist das fettige Aufschauwasser, es verunreinigt die weiße Fläche, wie vergossene Linte ein weißes Blatt verunziert.

Ignat Maximowitsch kehrt zurück. Der Kbel in seiner Hand tropft, die Tropfen bilden eine schwarzbefleckte Linie im Schnee. Wenn ich doch ein Kind wäre, hätte ich weinen können bei diesem Verbrechen. Aber ich kann nicht weinen. Ich kann freilich ebenjowenig an mich halten.

Ich stürze aus dem Zimmer und treffe in der Küche den

Aus dem Osten

Großfeuer im Zentrum Elbings

Höfcharbeiten die ganze Nacht — Vier Feuerwehrmänner verletzt

Auf einem in der Mühlenstraße, mitten in der Stadt Elbing gelegenen alten Holzhof entstand ein Brand, der sich zum Großfeuer entwickelte. Kesselhaus und Tischlereiwerkstatt brannten lichterloh. Auch die Wohnhäuser in der Straße drohten vom Feuer erfaßt zu werden. Die Einwohner wurden durch die Polizei geweckt und mußten sich für eine Räumung der Häuser bereithalten. Der tatkräftigen Arbeit der Feuerwehr ist es zu danken, daß das Feuer nicht größeren Umfang angenommen hat. Bei den Höfcharbeiten, die die ganze Nacht andauerten, wurden vier Feuerwehrmänner durch Brandwunden oder durch Rauchvergiftung verletzt. Ausgebrannt sind Tischlereiwerkstatt, Kesselhaus und Trockenhaus.

Durch den Brand ist der gesamte Betrieb, der eine Verlegung von 28 Mann beschäftigte, stillgelegt, da die Verbindung zwischen Kessel und Maschinen unterbrochen ist und auch die Maschinen, die einen Anschaffungswert von 60-70.000 RM. hatten, zum größten Teil unbrauchbar geworden sind. — Die Brandursache hat sich noch nicht einwandfrei feststellen lassen.

Alle Auslandsbriefe werden geöffnet

Das Deutsche Nachrichtenbüro meldet:

„Seit einigen Tagen werden auf den litauischen Postämtern des Memelgebietes alle nach dem Auslande abgehenden Briefsendungen geöffnet und angeblich auf Devisen untersucht. Diese Maßnahme wird mit den Bestimmungen des unklaren in Litauen erlassenen Devisengesetzes begründet. Nach diesem Gesetz steht aber eine Devisenkontrolle nur den Beamten des Finanzministeriums zu. Wie festgestellt worden ist, wird diese sogenannte Devisenkontrolle zum größten Teil von Postbeamten durchgeführt, und zwar von solchen, die einwandfrei als Späbel der litauischen politischen Polizei bekannt sind. Daraus geht hervor, daß es sich bei der Durchführung der Postsendungen weniger um eine Devisenkontrolle als um die Überwachung der nach dem Auslande abgehenden Post für die Zwecke der litauischen politischen Polizei handelt.“

Die Litauer haben also gut gelernt.

Ein „Staatsfeind“ verhaftet

Unter dem Verdacht „staatsfeindlicher Propaganda“ wurde Heinrich Kaser aus Drielsburg verhaftet und dem Gefängnis angeführt.

Vom tollwütigen Hund gebissen

Schzehn Hunde erschossen

Der 16jährige Sohn des Gemeindevorstehers Bloka aus Groß-Grieben bei Okerode wurde von einem tollwütigen Hunde gebissen. Er mußte zur Schutzimpfung nach Berlin gebracht werden. In der Gemeinde Groß-Grieben sind in der letzten Zeit wegen Tollwutverdachts sechzehn Hunde erschossen worden.

Die Zahl der Handwerksbetriebe in Polen. Polen zählt rund 370.000 Handwerksbetriebe, die ihren Betrieb auf Grund einer Gewerbekarte führen. Hinzu kommen noch etwa 50.000 illegale Betriebe. Von der Gesamtzahl entfallen auf die fünfzehn wichtigsten Handwerkszweige 330.000 Betriebe, d. h. 87 Proz. Die größte Zahl weist das Schuhmacher-gewerbe auf (53.500 Werkstätten), dann das Schneiderhandwerk (52.000), das Fleischerhandwerk (30.500), die Schmiede (27.500), Tischler (26.000), Bäcker (17.500), Friseur (13.500), Maurer (11.500), weiter folgen Fleischer, Schlosser, Zimmerleute, Wagner, Anstreicher, Klempner.

Hauswirt. Ich will ihn ansprechen, ich will ihn beschimpfen, aber mir fehlt der Mut.

Ignat Maximowitsch, sage ich zaghaft, könnten Sie nicht das Aufschauwasser in die Gasse gießen? Wenn Sie wollen, grabe ich Ihnen einen Gang bis zur Gasse.

Ignat Maximowitsch schaut mich an. Mir fällt plötzlich ein, daß er wie ein Seehund aussieht. Nach seiner Gewohnheit schneuzt er sich, bevor er antwortet. Dann aber überstürzt sich die Schimpfdröcker. Ich kann sie gar nicht alle wiedergeben.

Einen Gang! Sie wollen ein gebildeter Mensch sein! Schämten Sie sich. Sie Nichtswür! Sie wohnen sowieso jaß umsonst! Er brüllt weiter, für die fünfzehn Rubel im Monat sei ich nicht wert, die Wohnung zu besitzen, man sollte mich auf die Straße werfen, und so weiter.

Bernichtet, überflutet von der unreinen Bräse seiner Worte schleiche ich mich in das Zimmer zurück. Durchs Fenster sehe ich, wie sich zwei Krähen an der fettigen Stelle im Schnee zu schaffen machen. Sie sind Ignat Maximowitsch dankbar, sie haben zu fressen. In mir ist jedes Gefühl erloschen.

Der Tag ist vergangen, ohne jedes Ergebnis vergangen. Die lange Nacht ist mein Freund, mein Gefährt. Wie den tollwütigen Schatz nehme ich das Heft aus dem Fach und beginne zu schreiben.

Meine Frau schläft in ihrem Bett, nebenan schläft mein Kind. Auf dem Fußboden schnarcht Olga, mein Läger ist auf dem Sofa bereitet, ich kann keine drei Schritte im Zimmer gehen, ich kann nicht herumgehen, was ich so gern habe, wenn ich denken und dichten soll. Ich muß die ganze Zeit stillsitzen. Zudem hört mich das Schnarchen der Kinderfrau. Ich stehe mir Warte in die Ohren, höre aber trotzdem immer noch das Schnarchen. Ich beginne zu schreiben, aber im selben Augenblick melden sich die Zahnschmerzen. Verzweifelt suche ich Beruhigungstropfen. Dann nehme ich die Feder zur Hand und beginne zu schreiben. Ich beschreibe den Tag, einen Tag wie jeden anderen, ohne Erfolg, ohne Sinn.

Ich beschreibe ungeschminkt alles, wie es war. Allmählich hört der Schmerz auf, und ich weiter die Stunde vorrückt, desto schärfer wird die Arbeit. Ich bemerke, es wird keine Tagebuchaufzeichnung, sondern eine Erzählung. Mir scheint es so, als ob das alles gar nicht geschrieben wäre und ich es jetzt erdichte. Jede Wirklichkeit, die ich beschreibe, wird schon dadurch zur Dichtung; jede Dichtung, die ich niederschreibe, hat ihre Wahrheit. Man muß nur, damit die Dichtung Wahrheit und Wirklichkeit wird sie durchföhren haben, sie durchföhren haben, sie durchföhren haben.

In dieser Stunde brauche ich nicht mehr die unberührte Schönheit des Schnees, brauche ich nicht mehr die Klarheit seines weißen Glanzes. Ich kann sogar die Krähen, die im Schmutz wühlen, ertragen.

Das Leben ist schön. Weiße mischt es schwarz und weiß. Jetzt begreife ich auch, warum ich den weißen Gang gebaut habe. Ich habe ihn gebaut, damit Ignat Maximowitsch, und kein anderer als er, ihn benutzen kann. Ich habe ihn gebaut für das Leben. Das Leben mußte ihn beschmutzen. Anders hätte mein Werk keinen Wert gehabt.

(Deutsch von M. R.)

[illegible]

Um das Rotationspapier der „Volksstimme“

Ein Verhandlung vor dem Schnellrichter

Der Verleger der „Danziger Volksstimme“, Anton Fooker, mußte am gestrigen Mittwoch vor dem Schnellrichter erscheinen, weil er nach Ansicht der Fahndungsabteilung der Ueberwachungsstelle für den Zahlungsverkehr mit dem Ausland gegen die Devisenbestimmungen verstoßen habe. Es handelt sich um die Bestellung von Zeitungspapier. Die „Danziger Volksstimme“ verbraucht im Monat etwa 40.000 Kilo Rotationspapier. Durch den Verleger Anton Fooker wird das Papier seit der Neugründung der Firma zum größten Teil von dem polnischen Papierhändler „Centro-Papier“ bezogen. Der Danziger Vertreter der polnischen Lieferfirma ist der Kaufmann J. Munwes.

Bald nach der Guldenabwertung im Mai 1935 schloß der Verleger Fooker mit dem hiesigen Vertreter der Firma „Centro-Papier“ einen mündlichen Vertrag ab, nach dem die polnische Lieferfirma verpflichtet wird, bis zu 40.000 Kilo Rotationspapier pro Monat an die Buchdruckerei und Verlagsanstalt Anton Fooker zu liefern. Die Beschaffung erfolgt nach dem Tageskurs. Durch eine Verordnung vom 17. Juli 1935 ist nun der Danziger Kaufmann aufgefordert, sich mit einem Antrag an die Danziger Devisenbewirtschaftungsabteilung zu wenden und von ihr eine Genehmigung zur Bestellung einer Ware aus dem Ausland einzuholen. Weiter muß noch ein Antrag gestellt werden auf Bewilligung der zur Bezahlung der Ware notwendigen Devisen. In den meisten Fällen sind es Bloß. Anton Fooker hat nun schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung mit der Firma „Centro-Papier“ einen Vertrag über die Lieferung von monatlich bis 40.000 Kilo Rotationspapier abgeschlossen. Er hat auch später immer entsprechende Anträge an die Devisenbewirtschaftungsstelle gestellt. Diese Anträge sind auch für die Monate Juni, Juli, August und September genehmigt worden.

Am 2. Oktober 1935 wurde von Fooker wiederum eine Rechnung mit der Firma „Centro-Papier“ über 6180,— Bloß eingereicht mit dem Antrage, dafür die Devisen zu bewilligen. Von der Fahndungsabteilung der Ueberwachungsstelle wurde dieser Antrag angehalten und Fooker der Vorwurf gemacht, daß er keine Einkaufsgenehmigung eingeholt habe. Und darum geht es in diesem Prozeß. Fooker ist der Meinung, daß er alle Formalitäten erledigt hat. Die von der Fahndungsabteilung beantragte Sendung hat Fooker nicht mehr abgenommen. Die Sendung lagert bis zur Klärung der Angelegenheit in Danzig. Trotzdem mußte Fooker aber vor dem Schnellrichter.

Die Verhandlung war sehr langwierig. Es wurden die verschiedensten Reagen vernommen, darunter der Leiter der Danziger Devisenstelle, Dr. Nidel. Dr. Nidel hat zu dem Redakteur Adomat bei einer Unterbrechung gesagt, daß der „Volksstimme“ wegen der Papierbestellung keine Schwierigkeiten gemacht würden. Diese Angabe wurde von dem Redakteur Adomat bestätigt. Ferner wurde der Kommissionär der Firma „Centro-Papier“, J. Munwes, vernommen. Er steht mit der „Volksstimme“ seit etwa 10 Jahren in Geschäftsverbindung. Da man sich gegenseitig traut, hielten beide Teile schriftliche Bestätigungen der Aufträge nicht für notwendig. Der Kaufer Munwes bestätigte auch, daß im Mai über ihn eine Bestellung auf laufende Lieferung von Zeitungspapier gemacht wurde.

Als Rechtsbeistand des Angeklagten Fooker fungierte Rechtsanwalt Dr. Kammerer. Er wollte von dem Vertreter der Anklagebehörde, Assessor Hoffmann, wissen, wodurch sich Fooker strafbar gemacht habe. Er verlangte die konkrete Beantwortung der Fragen: Wann hat Fooker die Bestellung aufgegeben, und wann hat er den Antrag an die Devisenstelle gerichtet? In der gestrigen Verhandlung blieb Assessor Hoffmann die Antwort auf diese Fragen schuldig. Man kam gestern nicht zu Ende. Von Rechtsanwalt Dr. Kammerer wurde der Zeitungsvorleger Dr. Fuchs von den „Danziger Nachrichten“ dafür benannt, daß die Abschlüsse über Lieferung von Zeitungspapier bei allen Danziger Zeitungen in ähnlicher Weise gemacht werden wie bei der „Volksstimme“.

Der Schnellrichter, Land- und Amtsgerichtsrat Proß, beschloß, die Verhandlung auszuschieben und zur neuen Verhandlung den Zeitungsvorleger Dr. Fuchs zu laden. Die nächste Verhandlung findet am Freitag statt.

Staatsbeauftragter für Bannengesellschaften

Eine Verordnung des Senats

Auf Grund des § 1 Ziffer 60 und 64 sowie des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. B. I. S. 273) hat der Senat folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

§ 1. Zur Förderung der Belange der Bau- und Siedlungsgesellschaften wird ein Staatsbeauftragter (Staatskommissar) ernannt.

Der Staatsbeauftragte ist berechtigt, von den Bau- und Siedlungsgesellschaften Auskünfte jeder Art zu verlangen, die Bücher und Schriften einzusehen, die Gesellschaften und die sonstigen Bestände zu prüfen sowie ihnen hinsichtlich der Art der Geschäftsführung Ratschläge zu erteilen.

Der Staatsbeauftragte hat das Recht, an sämtlichen Sitzungen des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Generalversammlung der Bau- und Siedlungsgesellschaften teilzunehmen; ihm oder seinen Beauftragten ist jederzeit das Wort zu erteilen. Er kann selbst die Einberufung von Vorstandssitzungen, Aufsichtsrats- und Generalversammlungen unter Wahrung der in der Satzung vorgeschriebenen Fristen beantragen.

§ 2. Der Staatsbeauftragte ist ferner berechtigt, soweit ein sachliches Bedürfnis bei den einzelnen Gesellschaften besteht, die dem Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft obliegenden Rechte und Pflichten selbst zu übernehmen oder diese von ihm zu beauftragenden Beauftragten zu übertragen; die Bestellung kann er jederzeit widerrufen.

Die Einberufung von Generalversammlungen und die Festsetzung der Tagesordnung bedarf in diesem Falle der Zustimmung des Beauftragten.

Die Bestellung und der Widerruf des Beauftragten ist im Gesellschaftsregister einzutragen.

§ 3. Die durch die Bestellung des Staatsbeauftragten entstehenden Kosten trägt die freie Stadt Danzig; soweit seitens des Staatsbeauftragten für die einzelnen Gesellschaften Beauftragte bestellt werden, trägt die dadurch entstehenden Kosten die betreffende Gesellschaft. Die Höhe dieser Kosten bedarf der Genehmigung durch den Staatsbeauftragten.

§ 4. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Sie tritt mit dem Ablauf des 31. Dezember 1935 außer Kraft.

Die Verordnung trägt das Datum vom 14. Januar. Sie ist auch bereits am 14. Januar in Kraft getreten.

Die Auflösung der Ersten Bibelforscher. Vorkommlich ist die Vereinigung Erster Bibelforscher durch den Polizeipräsidenten in Danzig aufgelöst worden, weil diese Organisation für staatsgefährlich angesehen wurde. Hiergegen er-

hob nicht nur der Vorstand der aufgelösten Vereinigung, sondern auch eine Schweizer offene Handelsgesellschaft, die „Bach Tower Bible and Tract Society“ in Bern, Klage vor dem Verwaltungsgericht. Die Klage der Schweizer Gesellschaft, die die Traktate der Ersten Bibelforscher herstellt, wurde vom Verwaltungsgericht abgewiesen, und zwar wegen mangelnder Legitimation zur Klage. Hiergegen legte die Schweizer Gesellschaft Berufung ein, die jetzt vor dem Senat für Verwaltungsangelegenheiten des Obergerichts unter Vorsitz des Senatspräsidenten Bürgerle verhandelt wurde. Hierbei kam es zu ziemlich temperamentvollen Auseinandersetzungen zwischen Rechtsanwalt Weisse, dem Vertreter der Berner Gesellschaft, und Regierungsassessor Dr. Müller, dem Vertreter des Polizeipräsidenten. Das Obergericht bestätigte nach längerer Beratung die Klageabweisung durch das Landgericht.

Anna Sellin tot

An den Folgen eines Herzleidens und eines Schlaganfalls ist Anna Sellin im Alter von 63 Jahren in der Nacht zum Mittwoch im Städtischen Krankenhaus verstorben. Anna Sellin befand sich seit einigen Wochen im Krankenhaus, verlor auch eine wesentliche Besserung ihres alten Herzleidens, bis dann plötzlich ein Schlaganfall mit seinen Folgen zum Tode führte.

Die Verstorbene stammt aus Berlin, war aber in jungen Jahren nach Danzig gekommen und die Ehefrau des Zimmerpoliers Eugen Sellin gewesen. Dieser war einer der mutigen Pioniere für den Sozialismus in Danzig und Westpreußen. Nicht ist der Lebensweg des Ehepaars Sellin nicht gemein. Manches Ungemach ist über sie hinweggegangen, aber Mann und Frau blieben treue Kämpfer für den Sozialismus. Während Eugen Sellin mehr nach außen in die Erziehung trat, war Anna Sellin unermüdet in der Kleinarbeit für die verschiedensten Organisationen, nicht nur in der Sozialdemokratischen Partei, sondern auch im Konsumverein, in der Arbeiter-Vogelschicht und in der Freien Volkshilfe. Anna Sellin war Mitbegründerin der Freien Volkshilfe und gehörte ihrem Vorstand seit der Gründung an. Jahrelang ist sie auf der Geschäftsstelle der Volkshilfe tätig gewesen. Zu ihren Aufgaben gehörte insbesondere die Ausgabe der ausgelagerten Eintrittskarten. Tausenden aus allen Schichten der Bevölkerung ist sie dadurch bekannt geworden. Die unermüdete Frau, die ihren Ehegatten um etwa 15 Jahre überlebte, ruht nun aus von ihrem dornigen, schweren Lebensweg. Anna Sellin wird nicht vergessen werden, insbesondere werden die sozialdemokratischen Frauen der Verstorbenen mit Liebe und Sympathie gedenken. Ein großer Freundeskreis trauert mit ihren beiden Söhnen um die Verstorbene.

Bruno Galleiste gestorben

Der langjährige Geschäftsführer der Volkshilfe

Im Diakonissen-Krankenhaus ist am Mittwochmorgen im 72. Lebensjahre Bruno Galleiste gestorben. Bruno Galleiste war eine der meisten Danziger durch seine jahrelange Tätigkeit am früheren Danziger Stadttheater und durch seine spätere kulturelle Tätigkeit bekannt. Persönlich ist 1864 in Breslau geboren, kam er nach einigen Engagements an deutschen Bühnen und einer großen ausländischen Tournee als Schauspieler zum Danziger Stadttheater. Sehr rasch wendete er sein Interesse und seine nimmer rastende Aktivität den größeren Fragen des kulturellen Lebens zu. So wurde er auch rasch ein Freund und Förderer der kulturellen Bestrebungen der mächtig aufstrebenden werktätigen Bevölkerung und schließlich Mitbegründer und langjähriger Geschäftsführer der Freien Volkshilfe in Danzig. Vieles Amt, das er mit großer Hingabe betriebe, gab ihm die Gelegenheit, die wertvollen Erfahrungen seines Lebens mit Arbeit ausgefüllten Lebens einem großen Kreise Gleichgesinnter zur Verfügung zu stellen. Dabei kam ihm vor allem sein unbestechlicher Sinn für Realitäten zugute.

Bruno Galleiste erkrankte sich vor wenigen Wochen einer ausgeprägten Grippe und verlor geistiger und körperlicher Kraft. Mitte Dezember erkrankte er plötzlich. Nachdem er bereits der Heilung entgegengegangen und schon fast auf seine Entlassung aus dem Krankenhaus rechnen konnte, trat bei ihm vor wenigen Tagen noch eine Lungenentzündung auf, der er nunmehr erlag. Seine zahlreichen Freunde werden sein Andenken stets in hohen Ehren halten.

Unfall-Chronik

Der 10 Jahre alte Schüler Erich Scherwinke wollte Mittwoch, gegen 8 Uhr, die Fahrstraße Ecke Altpöthner Graben-Mühlgraben überqueren, wobei er von einem Auto erfasst und etwa 10 Meter mitgeschleift wurde. Mit schweren inneren Verletzungen, einem doppelten Oberarmbruch sowie einer Gehirnerschütterung wurde der Junge mit dem Unfallwagen ins Krankenhaus gebracht.

Mittwoch, gegen 10 Uhr, wollte die 67 Jahre alte Paula Gerchowitz, am Schild, die Treppen in ihrem Hause heruntergehen, stürzte aber infolge eines Schwächeanfalls sechs Stufen herunter. Mit einem Wirbelsäulenbruch und anderen Verletzungen mußte die Frau ins Krankenhaus gebracht werden. Der Zustand der alten Frau ist hoffnungslos.

Die 64 Jahre alte Ehefrau Anna von Kitzke in der Breitengasse infolge der Glätte so unglücklich hin, daß sie einen Oberschenkelbruch und Fleischverletzungen erlitt und zum Arzt gebracht werden mußte.

Einen ähnlichen Unfall erlitt der 27 Jahre alte Radfahrer Herbert Bialle. Er stürzte auf Mattenboden infolge der Glätte so heftig vom Rade, daß er mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Infolge Federbruchs stürzte gestern der 33 Jahre alte Kaufmann Erich Eichmann aus Langfuhr, Adolf-Hitler-Straße, und kam unter das Motorrad zu liegen. Von einem vorbeifahrenden Auto wurde der Verletzte ins Krankenhaus gebracht. Ein komplizierter Unterschenkelbruch, eine Handverletzung und eine 6 Zentimeter lange Schläfenwunde waren die Folgen des Unfalls.

Die Vertretung des Senats in Genf

Präsident Greiser und Senatsrat Böttcher

Wie mitgeteilt wird, hat der Leiter der Auswärtigen Abteilung des Senats, Senatsrat Böttcher, bereits Danzig verlassen, um an der Tagung des Rates des Volksbundes in Genf teilzunehmen. Der Präsident des Senats, Greiser, begibt sich erst einige Tage später nach Genf.

Die neuen Butterpreise

Ab Donnerstag, dem 16. Januar 1936, gelten bis auf weiteres folgende Butterpreise: Butter I 1,90 G., Butter II 1,85 G., Butter III 1,80 G.

Polizeibericht vom 16. Januar 1936. Festgenommen wurden 12 Personen, darunter 8 wegen Betruges, 7 wegen Diebstahls, 1 wegen Bannbruchs, 1 zwecks Festnahme.

Vor zwei Jahren...

Aus einem Artikel des „Danziger Vorposten“ vom 16. Januar 1934:

„Der Führer spricht — Adolf Hitler als Redner.“

Hitler kann von klassischer Grobheit sein. Wie er die Novemberrepublik an den Pranger stellt, so hat vor ihm nur Martin Luther den Papst abgefertigt.

Erfreulich ein Bild in das Kabinettskabinett, in das Bestiarium Hitlers! Da wimmelt es nur so von Speicheldrüsen, Epithelen, Gipsstücken, Wipern, Neumonden, Friesern und Schließern, Judenbantern, Lumpenpad, Zuhältern und Spulwürmern! Wahrlich eine Eloquenz von barbarischer Schönheit, wilde Ausbrüche des Furor Teutonici! Es ist, als ob die rednerische und schriftstellerische Produktivität mit dem Jorne, der sie treibt, wüchse, wie dies der große Bitterberger von sich behauptete. Dieser Jorn stammt aus einer letzten Verpflichtung seinem Volke gegenüber, aus dem Bildungsbewußtsein.

Hitler ist so ein ganz anderer Rednerstypus geworden als Mussolini. Der hat nicht 14 Jahre zu trommeln brauchen. Die Hitler-Stimme hat um jeden einzelnen persönlich geworben und sie wird weiter, bis die deutsche Seele wieder ganz „rechtwinklig“ sein wird.

Hitlers Reden wirken, wie wenn ein Raubbogel herabschießt auf einen Entenschwarm, der schnatternd nach allen Seiten auseinanderfliehet. Selten sind eiliger diplomatische Koffer gepackt, wieder ausgepackt und wieder gepackt, selten von „Staatsmännern“ konfuse Erklärungen abgegeben als in diesen Tagen, da Deutschland den Völkerbund verließ.

Wie gesagt, sind das Auszüge aus einem Artikel des „Vorposten“ vor zwei Jahren.

Die Nächte vor der Amnestie

Ein Zwischenfall in Damerau

In ihrer Nr. 9 vom Januar d. J. beschäftigt sich die Zeitung des Landrats Andros „Zwischen Weichsel und Rogat“, ein reines Propagandablatt der Nationalsozialisten, mit gewissen Vorfällen, die sich in Damerau abgespielt haben. Bei der Tonart des genannten Blattes ist es nicht verwunderlich, daß die Auseinandersetzungen recht massiv ausfallen. Die Ueberschrift „Opposition steht weiße Mäule“ gibt erst einen schwachen Vorgeschmack. Der Artikel selbst wimmelt von Ausdrücken wie „schamloses und volksverräterisches Verhalten“, „maßlose Angst“, „charakterloses Verhalten“ und ähnlichen Wendungen, die sich selbst rüchten. Kein Anhänger der Opposition hat es nötig, sich gegen derartige Anwürfe zu verteidigen. Denn jedes Kind weiß, welche Charakterstärke heute das Bekenntnis zu einer der Oppositionsparteien erfordert.

In dem Artikel beschäftigt sich der ungenannte Verfasser insbesondere mit der Person des Besitzers Wiens in Damerau. Wiens, der früher die SM in diesem Orte aufgebaut und einmal 300 SM-Reute bewirtet hat, ist heute Gegner der NSDAP und erweist sich deshalb naturgemäß in gewissen Kreisen keiner sonderlichen Beliebtheit.

Zwei Tage vor Erlass der Amnestie wurde nun Herr Wiens aus Liegenhof telephonisch benachrichtigt, daß man die beiden Nächte bis zur Annahme der Amnestiegesetze im Volkssturm „ausruhen“ wolle. Nachdem Wiens in der Zeit vor der Volkssturmwahl schon einmal eine solche Aktion hatte über sich ergehen lassen müssen, die auch im Wahlanfängerprozess eine Rolle spielte, wollte er diesmal derartigen Dingen nicht ausgeliefert sein. Damals wurde nämlich im Hause alles zerpfunden, ja die Wohnung des Inspektors wurde gleichfalls demoliert. Die Banden töteten derart, daß die Hausmädchen in der kühlen Aprilnacht aus dem Bett flüchten und sich im Strohhalm verkrüppelten mußten.

Um nicht noch einmal derartige üble Erfahrungen machen zu müssen, versammelte Wiens auf Grund der ihm ausgehenden Warnung seine Arbeiter im Hause. Wirklich fuhr auch in einer der angegebenen Nächte ein Auto, das mit etwa 30 Personen besetzt war, in der Nähe des Wienschen Grundstückes auf. Wiens ließ darauf das Licht einschalten, so daß der Hof hell beleuchtet war, und alarmierte die bei ihm befindlichen Arbeiter. Darauf verloren die Ankömmlinge anscheinend den Mut und entfernten sich wieder mit ihrem Auto.

Bei dem Getöse, das infolge der Alarmierung entstand, ging versehentlich ein Schuß aus einem Jagdgewehr los, wobei ein Arbeiter durch den Schrotschuß am Oberarm verletzt wurde. Die Wunden für die Krankenhausteilung des Arbeiters trägt Wiens, der auch gleichzeitig für dessen Familie sorgt, so daß weder der Verletzte noch seine Angehörigen einen Schaden zu erleiden haben.

Und daraus verfuhr „Zwischen Weichsel und Rogat“ dann als Beispiel seiner journalistischen Kunst einen waffenlosen Mann, der antifaschistischen Einheitsfront zu machen und bedauert sehr, daß die Amnestie eine gerechtfertigte Klärung verweigere. Wir sind jedenfalls der Ansicht, daß diese Klärung nicht Herr Wiens sondern ganz andere Leute zu schenken hätten.

Uebertreibungen ins Arbeitshaus

Vor dem Schnellrichter hatte sich am gestrigen Mittwoch eine Reihe von Mädchen zu verantworten, die unter Sittenkontrolle stehen. Für diese Mädchen besteht die Vorschrift, sich in bestimmten Zeiträumen zur polizeiarztlichen Kontrolle zu melden. Es vergehen nur wenige Schnellgerichtshandlungen, wo solche Mädchen nicht wegen Kontrollenziehung unter Anklage stehen. Die Höchststrafe für solche Kontrollenziehung ist sechs Wochen Haft. Es kommt vor, daß Mädchen, die schon recht lange diesem Gewerbe nachgeben, bis zu 30mal vorbestraft sind. Seltener wurden früher jedoch Uebertreibungen in das Arbeitshaus von den Richtern vorgenommen. Am gestrigen Mittwoch wurden jedoch drei Mädchen in das Arbeitshaus geschickt. Alle drei erlitten wegen Kontrollenziehung je sechs Wochen Haft, und außerdem wurde gegen sie die Uebertreibung in das Arbeitshaus ausgesprochen. Die 40 Jahre alte Bertha R., die bereits 30mal vorbestraft ist, hat bei ihrer Festnahme einen Schwuppschein beibehalten. Dafür erhielt sie noch drei Monate Gefängnis extra. Ein viertes Mädchen, das gestern vor dem Schnellrichter stand, wurde ebenfalls wegen dreimaliger Kontrollenziehung zu sechs Wochen Haft verurteilt. Für wurde angedroht, daß auch sie nächstes Mal in das Arbeitshaus kommen werde.

Danziger Schiffsliste

Im Danziger Hafen werden erwartet:

D. „Polys“, 15. I. von Rouen, Polko; D. „Frederik“, 15. I. von Rastov, Polko; D. „Gefia“, Sobmann; D. „Eckhard“, Genat; D. „Arms“, 15. I. von Bremen via Gdingen, Wolff & Co.

Danziger Standesamt vom 14. Januar 1936

Storbefälle: Profurin Georg Tremowicz, 38 J. — Witwe Henriette Ruch geb. Ruschl, 81 J. — Landwirt Paul Wefelburger, 61 J. — Tochter des Arbeiters Bruno Garmont, 34 J. — Tochter des Fleischer Viktor Klein, 34 J.

